



**Protokoll der 16. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, 9. Dezember 2020, 16:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsident Elio Bohner

**Namensaufruf:** 40 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** -

**Mitanwesend:** Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizepräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

**Gemeinderatssekretär:** Giuseppe D'Alelio

- - -

**Traktanden**

- 77 Mitteilungen
- 78 Protokoll der 15. Sitzung vom 18. November 2020
- 79 Motion betreffend «Bau einer Parkieranlage im Rahmen der Erneuerung des Hallenbads» der Gemeinderäte Stefan Geiges, Philipp Geuggis, Michael Hodel, Susanna Dreyer und Christoph Regli  
*Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit, evtl. Zuweisung*
- 80 Reglement über den Fonds zur Minderung der negativen Auswirkungen von COVID-19 auf die örtliche Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben der Stadt Frauenfeld  
*Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung*
- 81 Antrag der Fürsorgebehörde Frauenfeld; Änderung des Beschlusses des Gemeinderats betreffend Sitzungsgelder für die Mitglieder des Gemeinderats, der Fraktionen und der Kommissionen und entsprechender Antrag der GPK Finanzen und Administration  
*Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung*
- 82 Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2021 und entsprechender Antrag der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen  
*Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung*

- - -

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, heute ist es so weit. Das nächste Jahr wird heute – zumindest was die Finanzen anbelangt – vorbestimmt. Ich möchte nicht allzu lange machen, wir haben einen langen Nachmittag oder Abend vor uns. Trotzdem wünsche ich mir, dass wir auch heute eine gute Sitzung haben werden, uns gemeinsam für die Stadt Frauenfeld und das Wohl der Stadt Frauenfeld einsetzen und, wie ich bereits im Sommer angekündigt habe, die Chancen ergreifen werden. Ich wünsche Ihnen frohes Debattieren und eine spannende Sitzung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind. Für die heutige Sitzung hat das Ratsbüro Reto Martin von der Thurgauer Zeitung das Fotografieren erlaubt.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 37 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Art. 23 b des Geschäftsreglements des Gemeinderats zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese stillschweigend als genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen. Bevor wir zu den heutigen Traktanden kommen, möchte ich Gemeinderätin Christa Zahnd die Plattform geben, um eine persönliche Erklärung zu verlesen.

**Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP):** Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, besten Dank für die Beantwortung der Einfachen Anfrage zur Kündigung des Stadtschreibers, welche ich am 19. August eingereicht habe. Einfache Frage – einfache Antwort, so kommt es einem vor. Die Antworten sind aber für mich nicht zufriedenstellend. Auf die Frage, weshalb die Freistellung erfolgte, wurde lediglich der Zeitungsbericht vom 29. August zitiert. Notabene erschien aber auch dieser Zeitungsbericht erst auf die Einfache Anfrage hin. Es wird dort erklärt, dass ein solches Vorgehen bei Kadermitarbeitenden nicht unüblich sei. Nicht unüblich heisst aber auch nicht üblich und meines Wissens kommt dies im Zusammenhang mit der Stelle des Stadtschreibers nicht häufig vor. Zudem bestehen angeblich weitere Gründe, zu denen aber weiterhin nichts gesagt wird. Auch in der Beantwortung der Einfachen Anfrage wurde nicht weiter darauf eingegangen, ja nicht einmal von weiteren Gründen gesprochen. Selbstverständlich ist die Stadt Frauenfeld als Arbeitgeberin an die Fürsorgepflicht und den Datenschutz gegenüber ihren Arbeitnehmern gebunden, hätte in der Beantwortung ja einfach dementsprechend angemerkt werden können. Diese knappe und in meinen Augen eher fadenscheinige Begründung zur Frage nach der frühzeitigen Freistellung lässt leider weiterhin viele Spekulationen offen. Diese Spekulationen sind in vollem Gang. Aufgrund des zeitlichen Hergangs stellen viele Interessierte einen Zusammenhang mit dem Wahlbetrug bei den Kantonsratswahlen her. Folglich wurden diesbezüglich schon mehrfach Vertreter unserer Partei harsch angegangen. Obschon wir uns von derart willkürlichen Schlussfolgerungen distanzieren, können wir diese weder dementieren noch Stellung dazu nehmen. Solange also beide Angelegenheiten ungeklärt bleiben, steht die SVP Stadtpartei in schlechtem Licht da. Zudem bin ich auch mit der Kommunikation seitens des Stadtrats unzufrieden. Erfährt doch der Gemeinderat löblich vorzeitig, was am nächsten Tag in der Zeitung steht, wurde die frühzeitige Freistellung des Stadtschreibers kurzerhand unter den Teppich gekehrt.

77

**MITTEILUNGEN****Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):**

1. Heute ist leider die letzte Ratssitzung unserer Kollegin Félicie Haueter, die noch nicht da ist. Ich werde die Verabschiedung an den Schluss der Sitzung verschieben.
2. An Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:
  - Lachsfarbenedes Papier der Redaktionskommission zum Reglement Fonds COVID-19
  - Lachsfarbenedes Papier zur GPK Finanzen und Administration zum Antrag der Fürsorgebehörde
  - Lachsfarbenedes Papier der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen zum Budget 2021
3. Mit Beschluss Nr. 293 vom 17. November 2020 hat der Stadtrat Christoph Tobler anstelle von Félicie Haueter für den Rest der Amtsdauer 2019 bis 2023 als gewählt erklärt.
4. Mit Beschluss Nr. 299 vom 24. November 2020 hat der Stadtrat die Motion «Schaffung eines Reglements betreffend die Information der Öffentlichkeit über städtische Belange (Informationsreglement)» der Gemeinderäte Roland Wetli und Peter Hausammann mit dem Antrag, diese nicht erheblich zu erklären, beantwortet.
5. Mit Beschluss Nr. 317 vom 1. Dezember 2020 hat der Stadtrat die Motion «Bericht Temporeduktion im Umfeld von Kindergärten und Schulhäusern» der Gemeinderäte und Gemeinderätinnen Scheiben, Fischer und Christ mit dem Antrag, diese nicht erheblich zu erklären, beantwortet.
6. Heute ist eine Einfache Anfrage von Gemeinderat Kurt F. Sieber mit dem Titel «Stadtangestellte» eingegangen.

Noch eine kurze Anmerkung zum Vorgehen von heute: Sie haben es draussen gesehen, es gibt Sandwiches, wir werden vermutlich etwas länger hier drin sein und wir werden je nach Zeitfortschreiten wahrscheinlich nach dem 5. Traktandum eine kurze Biopause einlegen. Ich bitte darum, in dieser Zeit nur wenn nötig die Plätze zu verlassen, da es ansonsten ein zu grosses «Gläuf» gibt.

78

**PROTOKOLL DER 15. SITZUNG VOM 18. NOVEMBER 2020**

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Das Protokoll der 15. Sitzung vom 18. November 2020 wurde am 24. November 2020 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

79

**MOTION BETREFFEND «BAU EINER PARKIERUNGSANLAGE IM RAHMEN DER ERNEUERUNG DES HALLENBADS» DER GEMEINDERÄTE STEFAN GEIGES, PHILIPP GEUGGIS, MICHAEL HODEL, SUSANNA DREYER UND CHRISTOPH REGLI  
BERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG ÜBER ERHEBLICHKEIT, EVTL. ZUWEISUNG**

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Die Antwort zur Motion «Bau einer Parkierungsanlage im Rahmen der Erneuerung des Hallenbads» wurde am 13. November 2020 im Dossierbrowser aufgeschaltet mit dem Antrag des Stadtrats, die Motion als nicht erheblich zu erklären. Heute, am 9. Dezember 2020 wurde die Motion von den Motionären zurückgezogen. In Anbetracht der Situation, insbesondere auch der Kurzfristigkeit, möchte ich den Fraktionen die Möglichkeit geben, sich zum Inhalt der Motion und deren Beantwortung zu äussern, jedoch ohne Beschlussfassung.

**Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Wir danken dem Stadtrat, dass er uns eine standesgemässe Antwort auf unsere Motion nachgeliefert hat, wie dies der Gemeinderat verlangte. In seiner Antwort hält der Stadtrat an seiner Auffassung fest und empfiehlt, die Motion nicht erheblich zu erklären. Bei dieser Motion ist ziemlich alles schiefgegangen. Hier machen wir Motionäre einen Strich. Wir ziehen diese Motion zurück. Damit anerkennen wir, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Neubau des Hallenbads mit einem sehr guten Ergebnis zugestimmt haben. Wir gratulieren dem Stadtrat und den Verantwortlichen zu diesem Erfolg und wünschen dem Vorhaben viel Glück und ein gutes Gelingen. Jetzt müssen wir in die Zukunft schauen, es geht ja um die grösste Projektsumme der Gemeinde Frauenfeld als Einzelvorhaben, die wir umsetzen. Dies nach meinem Wissensstand. Das ist der offizielle Rückzug der Motion. Ich bin nicht einverstanden mit dem Präsidenten und stelle den Ordnungsantrag, dass die Motion jetzt abgeschrieben wird und erledigt ist. Selbstverständlich, was jetzt hier nicht der Fall ist, würde ich mich nochmals melden als Motionär.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Somit haben wir den Ordnungsantrag, dass wir das Geschäft nicht weiter beraten. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Ordnungsantrag? – Keine.

**ABSTIMMUNG**

Der Ordnungsantrag von Gemeinderat Stefan Geiges wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** In der Zwischenzeit sind die Gemeinderäte Begic und Haueter dazugestossen; wir sind somit 39 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und das absolute Mehr beträgt 20.

80

## **REGLEMENT ÜBER DEN FONDS ZUR MINDERUNG DER NEGATIVEN AUSWIRKUNGEN VON COVID-19 AUF DIE ÖRTLICHE WIRTSCHAFT UND DAS GESELLSCHAFTLICHE LEBEN DER STADT FRAUENFELD**

### **REDAKTIONELLE BERATUNG, SCHLUSSABSTIMMUNG**

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** An unserer Sitzung vom 18. November hat der Gemeinderat das Reglement über den Fonds zur Minderung der negativen Auswirkungen von COVID-19 auf die örtliche Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben der Stadt Frauenfeld beraten. Anschliessend wurde es an die Redaktionskommission überwiesen. Diese hat nun beraten und Ihnen die aufliegende Fassung vorgelegt. Wir beraten die redaktionellen Änderungen.

### **REDAKTIONELLE BERATUNG**

**Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Redaktionskommission:** Ich spreche im Namen der Redaktionskommission, welche das Reglement am 23. November 2020 besprochen und bearbeitet hat. Gern möchte ich kurz auf die wesentlichen Änderungen und Korrekturen hinweisen. Alle Änderungen sind auf dem lachsfarbenen Papier farbig markiert und daher leicht zu finden.

Eine wesentliche Änderung haben wir im Inhaltsverzeichnis vorgenommen. Wir haben darin eine klare Trennung zwischen Zuständigkeiten, finanziellen Bestimmungen und Berichterstattung vorgenommen, und in der aktuellen Form erscheint uns diese nun einfacher und lesbarer. In der ersten Fassung war unter Allgemeinen Bestimmungen von Institutionen die Rede, im gleichen Artikel wurde aber auch der Begriff Organisation verwendet. Nach intensiver Konsultation des Dudens und Wikipedia haben wir uns entschieden, ausschliesslich den Begriff Organisation zu verwenden. Im Weiteren haben wir konsequent den Begriff Fonds COVID-19 verwendet anstelle von nur Fonds, und in Art. 2.2c machte der Satz keinen Sinn. Wir haben versucht, dem Inhalt einen Sinn zu geben und den Satz lesbarer zu machen. Bei den literas in Art. 3 und 4 haben wir für eine einheitliche Schreibweise gesorgt. So haben wir alle Finanzbeträge einheitlich geschrieben und die Genderschreibweise wurde ebenfalls berücksichtigt, wie zum Beispiel unter Art. 4 f Präsidium des Sportnetzes.

Aus unserer Sicht ist das Reglement in der vorliegenden Form einfach zu lesen, verständlich und in der nötigen Kürze. Im Kapitel Schlussbestimmungen haben wir in Art. 12.1 das Wort «rückwirkend» eingefügt. Das Reglement tritt per 1. Dezember 2020 in Kraft, genehmigt wird es aber erst wahrscheinlich in der heutigen Sitzung, dies muss aus unserer Sicht im Reglement klar zum Ausdruck kommen. Im Namen der Redaktionskommission bedanke ich mich für die geleistete Vorarbeit und die Unterstützung durch Giuseppe D'Alelio.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH):** Dieses Jahr hatte die Redaktionskommission einiges zu tun. Es ist eine unspektakuläre, aber notwendige und verdienstvolle Arbeit. Die Redaktionskommission arbeitet sorgfältig, genau und überlegt und erst noch speditiv. Vielen Dank.

### **SCHLUSSABSTIMMUNG**

Das Reglement über den Fonds zur Minderung der negativen Auswirkungen von COVID-19 auf die örtliche Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben der Stadt Frauenfeld mit den redaktionellen Änderungen wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Die durch den Rat genehmigte Inkraftsetzung dieses Reglements wird dem Behördenreferendum und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung unterstellt. Wer sich für ein Behördenreferendum aussprechen möch-

te, erhebe sich bitte jetzt vom Sitz. – Da sich nur 10 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte für ein Behördenreferendum aussprechen, wird dieses abgelehnt, dafür benötigt es deren 12. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am 10. Dezember 2020 und endet am 8. Februar 2021.

81

**ANTRAG DER FÜRSORGEBEHÖRDE FRAUENFELD; ÄNDERUNG DES BESCHLUSSES DES GEMEINDERATS BETREFFEND SITZUNGSGELDER FÜR DIE MITGLIEDER DES GEMEINDERATS, DER FRAKTIONEN UND DER KOMMISSIONEN UND ENTSPRECHENDER ANTRAG DER GPK FINANZEN UND ADMINISTRATION**  
**EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG**

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Die Fürsorgebehörde hat an den Gemeinderat den Antrag gestellt, das Besoldungsreglement anzupassen. Die GPK Finanzen und Administration hat dies beraten und ein lachsfarbenes Papier hierzu ausgearbeitet. Dieses beraten wir heute.

**EINTRETEN**

**Gemeinderat Beda Stähelin (CVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Der vorliegende Antrag der Fürsorgebehörde wurde in der GPK Finanzen und Administration im Beisein der zuständigen Stadträtin in der Sitzung vom 11. November 2020 beraten. Gegenstand der beantragten Änderungen des Gemeinderatsbeschlusses bildet einerseits die Neueinführung einer Entschädigungsregelung betreffend die von der Fürsorgebehörde durchzuführenden Audits, andererseits soll bei dieser Gelegenheit sinnvollerweise zugleich die obsolet gewordene Regelung betreffend die nicht mehr existente Vormundschaftsbehörde gestrichen werden. Das Eintreten auf dieses Geschäft war in der GPK unbestritten.

Die Audits der Fürsorgebehörde dienen der Überprüfung der Normanträge der Sozialen Dienste. Zu diesem Zweck besuchen jeweils zwei Behördenmitglieder zwei bis drei Mal pro Jahr die wirtschaftliche Sozialhilfe, überprüfen zufällig ausgewählte Fälle und erstatten darüber schriftlich Bericht. Es handelt sich um eine wichtige Aufgabe, deren gewissenhafte Erledigung einiges an Aufwand mit sich bringt. Die GPK-Mitglieder teilten einhellig die Auffassung, dass es angemessen ist, diesen Aufwand inskünftig mit 250 Franken pro Person und Audit und somit jährlich insgesamt mit 1'000 Franken bis maximal 1'500 Franken zu entschädigen. In diesem Sinn empfiehlt die GPK Finanzen und Administration einstimmig, dem Anliegen der Fürsorgebehörde zu folgen und dem Antrag der GPK gemäss lachsfarbenem Papier zuzustimmen.

**Stadträtin Barbara Dätwyler (SP):** Ich spreche im Namen der Fürsorgebehörde der Stadt Frauenfeld. Gern nehme ich die Gelegenheit wahr und möchte an dieser Stelle für die wertvolle Arbeit der Fürsorgebehörde der Stadt Frauenfeld danken. Wie alle gewählten Kommissionen sind auch die Mitglieder der Fürsorgebehörde eine Laienbehörde, wenn auch mit einem sehr umfassenden Auftrag und Aufsichtspflichten den Sozialen Diensten gegenüber. Ich danke für die wohlwollende Unterstützung des Antrags, den engagierten Behördenmitgliedern wenigstens einen kleinen Teil ihres Lohnausfalls während der Behördentätigkeit auszugleichen. Für einen halben Tag Einsatz 250 Franken sind keine weltbewegende Entschädigung, aber ein Zeichen, dass in der heutigen Zeit auch Laienbehörden honoriert werden sollen. Im Namen der Fürsorgemitglieder und mir als Präsidentin herzlichen Dank, wenn Sie den Antrag unterstützen.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Den Voten entnehme ich, dass das Eintreten unbestritten ist. Wir kommen somit zur Detailberatung.

## DETAILBERATUNG

**Gemeinderätin Susanna Dreyer (CVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Mit Blick auf die COVID-Situation und die heutige Traktandenliste wird mein Votum kurz und bündig sein. Wir bedanken uns bei der Stadträtin für die ausführliche Begründung ihres Antrags der Fürsorgebehörde. Hier geht es um die Änderung resp. Ergänzung eines Gemeinderatsbeschlusses betreffend Sitzungsgelder für die Mitglieder des Gemeinderats, der Fraktionen und Kommissionen. Neu ist der Antrag, eine Pauschalentschädigung für die Auditbesuche der wirtschaftlichen Sozialhilfestelle einzuführen und diese halbtägigen Audits inklusive Berichtverfassung mit jeweils 250 Franken zu entschädigen. Wir haben dies in unserer Fraktion besprochen und sehen die Notwendigkeit dieser Entschädigung. Unsere Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Veränderte Strukturen und neue Anforderungen erfordern Anpassungen an den Grundlagen. Aus Sicht der Fraktion FDP ist das der logische Schluss. Die Anträge wären umzusetzen und damit wäre das Votum eigentlich abzuschliessen. Der Fraktion FDP ist es aber wichtig festzuhalten, dass wir die verantwortungsvolle Arbeit der Fürsorgebehörde in der Bearbeitung der schwierigen und nicht in einer Norm zu beurteilenden Anträge anerkennen und sehr schätzen. Die Aufgabe ist äusserst komplex und stellt hohe Anforderungen an Kenntnisse der gesetzlichen Grundlagen, stellt aber auch hohe Anforderungen an den gesunden Menschenverstand und die damit zusammenhängende Sozialkompetenz. Es geht um Menschen in schwierigen Verhältnissen und Situationen. Diese Arbeit zugunsten dieser Menschen hat Anrecht auf eine saubere Grundlage mit entsprechenden Abgeltungen. Wir beurteilen beide Anträge als absolut gerechtfertigt. Es steht für die FDP-Fraktion damit ausser Frage, die beiden Anträge in ihrer Richtigkeit infrage zu stellen. Wir unterstützen beide Anträge vorbehaltlos und werden ihnen klar zustimmen. Diesmal mit Enthusiasmus, Herr Stadtpräsident.

## BESCHLUSSFASSUNG

Antrag 1 gemäss lachsfarbenem Papier der GPK Finanzen und Administration wird einstimmig angenommen.

Antrag 2 gemäss lachsfarbenem Papier der GPK Finanzen und Administration wird einstimmig angenommen.

## 82

### **BUDGET DER STADT FRAUENFELD FÜR DAS JAHR 2021 UND ENTSPRECHENDER ANTRAG DER GPK GESELLSCHAFT, GESUNDHEIT UND FREIZEITANLAGEN EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG**

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Mit der Botschaft Nr. 17 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 20. Oktober 2020 haben wir das Budget 2021 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park erhalten. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Wir beginnen wie üblich mit dem Eintreten, danach folgt die Detailberatung und anschliessend stimmen wir über die Anträge einzeln ab. Ich bitte die Fraktionen darum, entweder beim Eintreten oder zu Beginn der Detailberatung Grundsätzliches oder allgemeine Voten einmal wiederzugeben und nicht zu wiederholen. Im zweiten Schritt werden wir die Departemente 1 bis 5 inklusive Investitionen im Register 6 departementsweise durchgehen. Eventuelle Anträge können dann direkt zu den einzelnen Konten gestellt werden. Anträge sind schriftlich eingereicht worden und sollten, falls kurzfristig welche entstehen, bitte schriftlich abgegeben werden. Dies hilft der Orientierung, inklusive Kontonummer oder Investitionsnummer und Betrag. Im dritten Schritt werden wir Register 4 Finanzplan 2022-2024 und Register 5 mit den Finanzkennzahlen debattieren. Im vierten Schritt werden wir die Budgets der Werkbetriebe/Thurplus und des Alterszentrums Park inklusive deren Finanzpläne besprechen. Bei Voten mit Anträgen geben Sie bitte die Seite –

entweder PDF oder als Dokument – und das Konto an und geben mir die Anträge wie gehabt schriftlich ab. Im fünften Schritt werden wir schliesslich über die einzelnen Anträge in der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? Vielleicht eine ganz kurze Anmerkung: In dieser speziellen Situation ist es für mich persönlich auch in Ordnung, wenn Sie mir diese Dinge elektronisch zusenden und falls ich das nicht gleich sehe, bitte ich sie sich mit Handzeichen zu melden. Ich möchte sie aber schriftlich haben. – Anscheinend gibt es dazu keinen Widerspruch. Wir kommen somit zum Eintreten.

## EINTRETEN

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Die Kommission dankt für die wie immer umfangreichen und guten Unterlagen und die damit verbundene grosse Arbeit. Der Dank geht vor allem an den Finanzchef Reto Angehrn. Ich spreche zu sechs Punkten:

### 1. Rechnungsergebnisse

Dieses Jahr beschränke ich mich auf Erfolgsrechnung und Gesamtrechnung unserer drei Einheiten.

AZP: Hier kann man wie meistens ganz allgemein sagen, es genügen drei Worte: im üblichen Rahmen.

Thurplus, Erfolgsrechnung: Es ist das schlechteste budgetierte Ergebnis seit Jahren. Das Betriebsergebnis ist ausgeglichen. Nur ausgeglichen – muss man angesichts der früheren Millionenüberschüsse sagen. Der Rechnungsüberschuss ergibt sich nur aus der Auflösung der ersten Tranche der Aufwertungsreserven. Wir haben dieses Vorgehen nach ausführlichen Diskussionen in den GPKs Bau und Werke sowie Finanzen und Administration intern und zusammen und dann mit den Verantwortlichen von Thurplus in einer gemeinsamen Sitzung vor einem Jahr so beschlossen, auf dringenden und ausdrücklichen Wunsch von Thurplus, mit einigen Änderungen so, wie es jetzt passiert ist, auf zehn Jahre abschreiben. Und so gibt es eben mit diesen über 50 Mio. Franken jedes Jahr etwa 5 Mio. Franken. In der Gesamtrechnung resultiert ein Fehlbetrag von fast 5 Mio. Franken.

Stadt, Erfolgsrechnung: Defizit von 3.5 Mio. Franken. Auch das ist das schlechteste budgetierte Ergebnis seit Jahren. Die 3.5 Mio. Franken, um das irgendwie ein bisschen in Relationen zu setzen, das sind satte 4 % des Umsatzes, auf der anderen Seite aber nur 2.6 % des Eigenkapitals und nur 4.9 % des Bilanzüberschusses. Also man kann den Bilanzüberschuss 20 Mal so aufwiegen.

Wir haben in der Kommission gefragt, wie hoch der Corona-bedingte Anteil an diesem Defizit ist, um etwas besser abschätzen zu können, wie dieses Ergebnis im Vergleich zu früheren Budgets zu würdigen ist.

Zu den Steuereinnahmen: Gemäss dem Leiter des Steueramts ist bei den natürlichen Personen ein Ausfall Corona-bedingt von rund 500'000 Franken zu erwarten. Bei den juristischen Personen ist die Stadt auf Berechnungen des Kantons angewiesen, weil diese Sache uns ja leider weggenommen wurde. Wir hätten sie gern behalten, weil wir da ein bisschen was verdienen können. Hier werden rund 150'000 Franken Mindererträge einberechnet. Das betrifft die Steuern Vorjahre. Total Corona-bedingte Steuermindereinnahmen rund 650'000 Franken, also ungefähr ein Steuerprozent. Gemäss Stadtpräsident kommen weitere rund 230'000 Franken Einnahmehausfälle Corona-bedingt dazu, u. a. 91'000 Franken weniger beim Hallenbad, 30'000 Franken Mindereinnahmen bei Deutschkursen. Das sind also zusammengerechnet knapp 900'000 Franken von 3.5 Mio. Franken. Bleiben nach Adam Riese immer noch 2.6 Mio. Franken gleichsam ordentliches Defizit. Damit sind wir etwa in der Grössenordnung vom letzten Jahr. Allerdings Vorbehalte: Es ist klar, diese Coronaschätzungen sind sehr schwierig.



Der Finanzierungsfehlbetrag der Stadt in der Gesamtrechnung von 12.4 Mio. Franken ist ebenfalls happig. Im Vergleich zu früheren Jahren fällt das Defizit der Gesamtrechnung etwas weniger stark aus als das Defizit in der Erfolgsrechnung. 2016 fehlten in der Gesamtrechnung zum Beispiel sogar über 13 Mio. Franken, das ist allerdings nur ein schwacher Trost.

## 2. Investitionen

Die Kommission unterstützt das klassisch antizyklische Verhalten des Stadtrats.

## 3. Städtische Leistungen

Auch hier ist die Kommission der gleichen Meinung wie der Stadtrat. Die Leistungen sollen tendenziell jetzt nicht abgebaut werden. Das bedeutet aber nicht, dass man nicht im Detail prüft, ob es Positionen gibt, die überflüssig sind oder die man aus bestimmten Gründen nicht will. Die Stadtverwaltung ist ebenfalls im Vergleich mit anderen Städten grundsätzlich nicht überdimensioniert.

## 4. Steuerfuss

Ich erinnere an die vom Stadtrat definierten Schwellenwerte, um über eine Steuererhöhung ernsthaft nachzudenken. Einerseits minus 2 Mio. Franken Defizit, andererseits Nettoschuld maximal 25 Mio. Franken oder 1'000 Franken pro Einwohner. Die Schwelle ist beim Defizit klar überschritten, bei der Nettoschuld klar eingehalten. Die GPK hat sich drei Mal hintereinander zu den Schwellenwerten des Stadtrats bekannt. Sie hat den Stadtrat auch darin unterstützt, dass der sehr hohe Bilanzüberschuss – über 70 Mio. Franken – bis auf 40 Mio. Franken abgebaut werden kann und darf. Der Bilanzüberschuss ist Eigenkapital und kann somit begriffsnotwendig nur mit Defiziten reduziert werden. Das heisst natürlich nicht, dass deshalb Defizite anzustreben sind, um endlich auf diese 40 Mio. Franken zu kommen. So ist es natürlich nicht gemeint. Aber es bedeutet auf der anderen Seite schon, dass Defizite in Kauf genommen werden können, um Steuererhöhungen zu vermeiden. Zudem: Der Bilanzüberschuss ist nur ein Teil des Eigenkapitals. Das Eigenkapital beläuft sich gesamthaft sogar auf über 130 Mio. Franken. Und schliesslich: Die Stadt hat in diesem Eigenkapital sehr hohe Neubewertungsreserven, der Stadtrat spricht von 36.6 Mio. Franken. Daraus können hohe erfolgswirksame Erträge aus Landverkäufen resultieren, Beispiel Twerenbold irgendwann mal. Eine Gesamtbetrachtung dieser Zahlen, insbesondere mit Blick auf die sehr hohen Reserven, erfordert keine Steuerfusserhöhung. Dazu kommt die schwierige wirtschaftliche Situation wegen Corona. Diese sollte nicht durch höhere Steuern zusätzlich belastet werden. Die Kommission ist zusammengefasst der Meinung, dass der Steuerfuss trotz der Defizite in Erfolgs- und Gesamtrechnung – der happigen Defizite, das darf man sagen, muss man sagen – nicht angetastet werden soll. Also auch hier Unterstützung des Stadtrats. Die Reduktion von Nettovermögen und Eigenkapital ist verkraftbar. Das zeigt folgendes Bild: Die allseits akzeptierte Vorgabe, dass ein Bilanzüberschuss von über 40 Mio. Franken genügt, führt zu einem Defizitpolster von über 30 Mio. Franken. Dieses Defizitpolster reicht zum Beispiel für neun aufeinanderfolgende Jahre mit einem Defizit von 3.5 Mio. Franken, wie für das nächste Jahr budgetiert. Vorbehalten, das muss ich der guten Ordnung halber anmerken, ist die kantonalrechtliche Vorgabe, die Erfolgsrechnung über acht Jahre ausgeglichen zu gestalten. Diese Vorgabe befindet sich aber wie von uns gewünscht in Revision und was man hört, geht das in die richtige Richtung. Wir bleiben da am Ball und werden da im nächsten Jahr sicher nochmals nachstossen.

Die Frage ist letztlich: Welche Aufgaben muss und will die Stadt erfüllen? Was für eine Infrastruktur wollen wir und wie finanzieren wir das? Wir wollen keine vergoldete, aber eine der Hauptstadt angemessene Infrastruktur, die der Bevölkerung dient. Das erfordert zumindest kurzfristig das Anzapfen von Reserven, wenn wir den Steuerfuss stabil halten wollen. Das ist die nackte Realität, wie sie vom Stadtrat auch im Finanzplan dargelegt und offengelegt wird.

## 5. Finanzplan

Die Aussagekraft des Finanzplans ist allerdings beschränkt. Finanzchef und Stadtrat versuchen, mit verhältnismässigem Aufwand grob aufzuzeigen, wohin die Reise etwa geht. Zusammengefasst gilt – ich zitiere aus der Botschaft, ich erlaube mir das ausnahmsweise, denn es ist dort gut umschrieben. «Zwar konnten im Budget 2021 die erwarteten Auswirkungen der Pandemie abgebildet werden, es ist aber äusserst schwierig, eine Aussage zu machen, wann und wie die neue Normalität aussieht. Die Finanzplanung war schon immer mit grosser Vorsicht zu genießen, das gilt umso mehr. Der Finanzplan pendelt sich um das Budget 2021 ein. Es wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen der Pandemie im Budget 2021 berücksichtigt sind. Es wird nicht davon ausgegangen, dass die Pandemie noch stärkeren Einfluss auf den städtischen Haushalt nimmt.» Im Übrigen verweise ich auf die weiteren einschlägigen Ausführungen des Stadtrats an dieser Stelle in der Botschaft Seite 27 sowie auf die Grundannahmen und die berücksichtigten Parameter auf Seite 1 des Finanzplans Register 4. Zusätzlich werden in Zukunft auf Wunsch der GPK neu die drei bis vier grössten bekannten Investitionsobjekte mit ihren finanziellen Auswirkungen genannt.

## 6. Balance

Gemäss Stadtpräsident Anders Stokholm ist man mit Balance nahe am Abschluss. Es seien, sagt er, noch grosse Brocken in der Pipeline bzw. in Arbeit, welche die Einnahmenseite betreffen, zum Beispiel Abschöpfung Planungsmehrwerte. Dem Stadtrat sei klar, dass nächste Schritte erforderlich seien, wenn sich abzeichnen würde, dass es im gleichen Rahmen weitergeht. Ausgedeutet: dass wir weiterhin mit happigen Defiziten zu rechnen hätten.

Die Budgetdebatte in der GPK Finanzen und Administration verlief trotz der relativ schlechten Budgetzahlen unaufgeregt und war erstaunlicherweise kürzer als auch schon. Es war wirklich ganz schlecht, dass jetzt, wo wir mal Zeit gehabt hätten, nach der Budgetdebatte noch ein Bier zu trinken, wir das nicht mal konnten, auch Corona-bedingt. Aber es gibt Schlimmeres. Allerdings wurden auch Bedenken und Sorgen zu Budget und Finanzplan geäussert. Damit zu den Anträgen:

Die GPK hat von den Finanzplänen der Stadtverwaltung, von Thurplus und des AZP Kenntnis genommen. Sie hat dem Antrag 1 betreffend die Besoldung einstimmig zugestimmt. Dem Antrag 2, Steuerfuss bleibt bei 60 %, hat sie einstimmig zugestimmt. Dem Antrag 3 betreffend das Budget der Stadtverwaltung beschränkt auf das Departement für Finanzen, Stadtentwicklung, Zentrales hat sie mit 4 Ja bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

**Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Wir durchleben eine besondere Zeit, das schliesst auch das vorliegende Budget nicht aus. Der Stadtrat rechnet aus bekannten Gründen mit einem relativ hohen Defizit. Das ist unschön, für dieses Mal aber richtig. Wir unterstützen die Haltung des Stadtrats, angesichts der Krise nicht in Panik zu verfallen und die Geschäfte grundsätzlich weiterzuführen. Alles andere, Gesundsparen des Budgets oder blinder Aktionismus, wäre angesichts der ungewissen Entwicklung kaum zu verantworten. Die Stadt soll auch unter dem Zeichen der Ungewissheit weiter funktionieren.

In den Details des Voranschlags werden die vielen Reorganisationen der vergangenen Jahre sichtbar. Wir hoffen, sie seien auf gutem Weg und dass sich die Stadt damit nicht «überlupft» habe. Störend finden wir den Zusammenzug einiger Lohnkosten im Departement Bau und Umwelt unter Zentrales. Das schadet der Transparenz. Die angeführte Begründung vermag uns hier zu wenig zu überzeugen. Allgemein zu den Löhnen fällt der Verzicht auf Besoldungsanpassungen auf. Das scheint uns mit Blick auf die sicheren Anstellungen in der Verwaltung und den gleichen Verzicht in der kantonalen Verwaltung richtig. Schwierig zu begründen ist der Verzicht beim Pflegepersonal. Hier möchten wir mit einem Antrag sicherstellen, dass hier analog dem laufenden Jahr mit einer Prämie nachgebessert werden kann. Die Pflegenden haben das nicht nur, aber besonders dieser Tage verdient. Wir sind uns bewusst, dass auch andere Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter der Stadt Ausserordentliches leisten und unterstützen auch gezielte Prämien für andere. Jede Massnahme schafft ein Stück weit neue Ungerechtigkeiten. Für uns ist es aber wichtig, beim AZP ein Zeichen zu setzen.

Eine Bemerkung zu den Investitionen: Der Unterhalt unserer Strassen und Anlagen kostet uns viel Geld. Sparen, indem wir diese verwaahrlosen lassen, wäre wohl ein schlechter Weg. Man kann aber darüber nachdenken, gewisse nicht mehr wirklich benötigte Infrastrukturen zurückzubauen, zum Beispiel einzelne Strassen ausserhalb des Siedlungsgebiets.

Das Budget hat in den vergangenen Jahren laufend an Aussagekraft gewonnen. Für diese Bemühungen möchten wir uns bedanken. Potenzial für mehr Erläuterungen und Klarheit liegt eventuell noch im Bereich des Finanzplans. Fehlende Transparenz orten wir auch bei der Budgetierung im Bereich Gas, wo, anders als beim Strom, noch viele Fragen offenbleiben. Es mag uns der Stellenplan ganz am Schluss der Unterlagen noch nicht restlos überzeugen.

Zum Schluss eine Bemerkung zur Veröffentlichung des Budgets: Aus unserer Sicht müssen alle Unterlagen zwingend mit der Medienmitteilung online zugänglich gemacht werden, um so einen breiten demokratischen Prozess zu ermöglichen. Die an der Fragestunde eingebrachte Erklärung für das späte Aufschalten ist ein Hohn gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, denen wir rechenschaftspflichtig sind. Besten Dank für die Arbeit. Wir sind einstimmig für Eintreten und werden in der Detailberatung zwei Kürzungsanträge und den erwähnten Antrag zur Ermöglichung der Prämien im AZP stellen.

**Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Wir danken dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für das Gesamtwerk der Botschaft, die mit Anhang notabene 531 Seiten umfasst. Ein Werk, das mit viel Musse einiges an Zeit fürs Aktenstudium in Anspruch nimmt. Schwierig wird es als Milizparlamentarier, wenn Änderungen in der Zuordnung der Ämter vorgenommen werden oder wenn Aufgaben innerhalb der Teilrechnungen neu dargestellt werden. Der Abgleich der Positionen und Konten mit den Vorjahren ist sehr schwierig und dies innerhalb eines vernünftigen Zeitrahmens zu machen, ist fast unmöglich.

Im Budget 2021 wird über die drei Bereiche Stadtverwaltung, Thurplus und AZP ein insgesamt positives Rechnungsergebnis von 2.59 Mio. Franken erwartet. Bei den geplanten Ergebnissen ist vor allem das Rechnungsergebnis der Stadt mit 3.48 Mio. Franken deutlich im Minus. Dies ist nach dem positiven Rechnungsjahr 2019 und dem budgetierten Verlust von 2.16 Mio. Franken für das laufende Jahr eine deutliche Verschlechterung. Ähnlich sieht es bei Thurplus aus. Für das nächste Jahr wird mit einem Gewinn von 5.87 Mio. Franken budgetiert, der tiefer liegt als für das Planungsjahr 2020 und mit dem Rechnungsjahr 2019. Die gesamten budgetierten Nettoinvestitionen steigen auf 25 Mio. Franken. Bei der Finanzierung liegt insgesamt erneut ein Fehlbetrag vor und das Nettovermögen der drei Rechnungseinheiten sinkt um 16.54 Mio. Franken gegenüber der Planung von 2020. Das Eigenkapital liegt weiterhin auf einem komfortablen Niveau.

Defizite sind immer Warnsignale, dass mehr Geld ausgegeben wird als eingenommen. Würden wir nicht über ein sattes Eigenkapitalpolster verfügen, getreu dem Motto «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not», würde die Ampeln auf Dunkelgelb stehen. Der Stadtrat hat in der Botschaft seine Überlegungen eingebracht, was seine Beweggründe für das Defizit sind. Einerseits ist der Haushalt finanziell dank des Bilanzüberschusses gut abgestützt, andererseits haben wir aufgrund der Pandemie Planungsunsicherheiten und wir werden die Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft deutlich spüren. Sowohl in der Rechnung des laufenden Jahres als auch für das nächste Jahr. Dass wir uns bei Ausgaben und Investitionen antizyklisch verhalten, ist nur folgerichtig und wir begrüssen das sehr. Die Fraktion FDP fordert aber vom Stadtrat mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung. Als Richtschnur gilt nach wie vor ein Bilanzüberschuss von 40 Mio. Franken. Wir unterstützen vorbehaltlos die Strategie des Stadtrats, Investitionen wie geplant zu tätigen, um die Infrastruktur zu erhalten und wo nötig auszubauen, erwarten aber den

klaren Fokus auf Projekte, die den meisten mittel- bis langfristigen Nutzen bringen. Das darf uns aber nicht daran hindern, Ausgaben und Ausbau der städtischen Aufgaben kritisch zu hinterfragen. Der angefangene Schritt im Programm Balance ist weiterzuverfolgen. Es darf nicht sein, dass die öffentliche Hand, getrieben durch Umverteilungsgelüste, dazu gedrängt wird, neue Ausgaben zu tätigen mit dem Verweis auf vorhandene Bedürfnisse der Bevölkerung. Wenn die Defizite der Stadt weiterwachsen, werden wir gezwungen sein, entweder über Steuererhöhungen zu diskutieren oder Leistungsanpassungen vorzunehmen. Die Stadt erfüllt den gesetzlichen Auftrag und schafft im Grundsatz Rahmenbedingungen. Zusätzliche Wünsche und Bedürfnisse müssen sich selbst finanzieren und die Ausführung soll Privaten überlassen werden. So steigen sowohl erneut der Personalaufwand wie auch der Sach- und übrige Aufwand vom Budget 2020 auf das Budget 2021 um 3.125 Mio. Franken.

Der Personalaufwand bei der Stadtverwaltung steigt um 1.05 Mio. Franken. Begründet wird dies mit steigendem Arbeitsvolumen. Insgesamt sind 4.6 neue Stellen geplant. In der Botschaft ist der Aufbau im Kapitel 4.11 ausführlich begründet. Eine abschliessende Beurteilung aufgrund der vorhandenen Informationen ist nicht möglich. Es liegt in der Verantwortung des Stadtrats, dies zu tun und wir gehen davon aus, dass hier kein Aufbau auf Reserve gemacht wird.

Was wir klar vermissen, sind Schwerpunkte bei Abläufen und Prozessen hinsichtlich Digitalisierung. Einer der Legislatorschwerpunkte, der vom Stadtrat formuliert wurde. Zwar werden digitale Ansätze formuliert wie zum Beispiel beim Aufbau von 20 Stellenprozenten im Finanzamt, dem Projekt Smart City oder der IT-Infrastruktur von Thurplus in der Botschaft, die Schwerpunkte sind aber wenig erkennbar. Als Hinweis: Gerade bei den Einwohnerdiensten sollte es dank heutigem digitalem Meldewesen möglich sein, steigende Einwohnerzahlen so abzufangen. Missachtungen von Meldepflichten sind verursachergerecht weiterzuverrechnen.

Im Juni 2020 haben wir dem Stadtrat unsere Antworten zur Vernehmlassung der Liegenschaftsstrategie zukommen lassen. Jetzt wird bereits der Aufbau von 150 Stellenprozenten im Amt für Hochbau und Stadtplanung beantragt mit dem Hinweis auf neu übernommene Aufgaben aufgrund der neuen Verantwortlichkeit für die städtischen Liegenschaften im Departement und dem Ausbau von Aufgaben in den Kernbereichen Bauberatung, Bewilligung, Stadtplanung und Administration. Wir hätten erwartet, dass zuerst die Liegenschaftsstrategie steht und dann, falls nötig, der Ressourcenaufbau beantragt wird.

Die in der Botschaft auf Seite 19 ff. dargestellten Abweichungen von +- 100'000 Franken sind im Grunde lobenswert, die bereits erwähnte Umstrukturierung und Neuverteilung von Aufgaben zwischen Departementen erschweren aber die Übersicht, den erwähnten Mehraufwand von 2.2 Mio. Franken einfach und rasch zuzuordnen.

Auch das Budget von Thurplus ist Corona-gefärbt. Es wird mit 5.9 Mio. Franken ein deutlich geringeres Gesamtergebnis erwartet, als noch im Jahr 2020 budgetiert. Ausgelöst durch die erstmals budgetierte Gewinnabführung, Mindereinnahmen beim Strom aufgrund des erwarteten Nachfragerückgangs und Wegfall eines Grosskunden im Industriesegment sowie die Reduktion der Gstarife. Die FDP-Fraktion wird dem Budget 2021 mehrheitlich zustimmen.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Es sieht nicht gut aus. Leider noch schlimmer als im letzten Jahr. Und die aktuelle Lage hat so ihren Anteil daran. Auch für uns wäre es von Anfang an interessant gewesen, wie hoch der COVID-19-Anteil am negativen Ergebnis ist. Einige Zahlen haben wir jetzt gehört aus der GPK, besten Dank dafür. Aber hätte sich etwas geändert? Nein. Aus diesem Grund werden wir uns diesmal auch zum Steuerfuss nicht äussern, was aber nicht heisst, dass wir mit dem Vorgehen vollständig einverstanden sind. Denn ein Teil der Mindereinnahmen bei den Steuern der juristischen Personen resultiert wohl immer noch aus der STAF-Steuerreform und ist nicht nur mit Corona zu begründen. Hier hat man es sich allenfalls etwas leicht gemacht, damit das Thema nicht nochmals auf den Tisch kommt.

Leider wird beim Personal gespart, obwohl der Stadtrat noch im Sommer mit der Beantwortung der Einfachen Anfrage ein anderes Bild gezeichnet hat. Wir können die Überlegungen des Stadtrats nur teilweise nachvollziehen. Klar muss gespart werden, aber ob die nicht mal 120'000 Franken beim Stadtbudget wirklich dazu beitragen, den Karren herumzureissen oder ob da nicht mehr Geschirr zerschlagen wird, ist für uns sehr fraglich. Wichtig sind aber vor allem die Aufstockungen der Personaldecke, insbesondere da, wo das Personal am Anschlag ist. Denn wenn in gewissen Bereichen jemand ausfällt, führt dies zu massiven Mehrkosten und diese wollen wir nicht mitverantworten. Dass gewisse Projekte erst angegangen werden können, wenn das Personal auch vorhanden ist, sollte allen klar sein. Und Projekte, bei denen endlich jemand daran arbeiten muss, gibt es genügend. Wir halten den Stadtrat hier an, nochmals all die versprochenen Projekte durchzuziehen, als immer wieder neue anzuteigen. Mal schauen, ob immerhin das Parkleitsystem nächstes Jahr kommt, welches wir schon seit mindestens 2015 fordern und versprochen haben. Ebenso zu diversen Themen wie zum Beispiel dem Sportanlagenkonzept, Parkplatzreglement, der Planung im Rüeggerholz usw. erwarten wir noch Informationen. Immerhin hat der Stadtrat dieses Jahr die Kulturausgaben nicht nochmals gekürzt wie im letzten Jahr. Diesmal sollen einfach die Angestellten leiden. Mal sehen, wer oder was nächstes Jahr dran ist. Die Umstellung im Budget, welche die Lohnzahlen kaschieren sollen, finden wir nicht korrekt, da sie der geforderten Transparenz nicht entsprechen. Wir bitten hier, das Ganze wieder rückgängig zu machen. Auch haben wir uns gefragt, weshalb beim Stadtbus die gleichen Erträge eingesetzt worden sind wie im laufenden Jahr, wo es wohl absehbar ist, dass die Auslastung nicht gleich hoch sein wird.

Bei Thurplus sind wir überrascht, wo der Gewinn auf einmal hin ist. Führt die detaillierte Präsentation der Zahlen für den Gemeinderat dazu, dass hier genauer über die Bücher gegangen wird? Oder was ist sonst der Grund, dass der einzige Gewinn, der noch da ist, das ausserordentliche Ergebnis, sprich die Korrektur der Abschreibungen aus den Vorjahren ist? Leider wurden die Ausgaben in den Bereichen erneuerbare Energie zurückgefahren. Wir finden dies nicht in Ordnung. Eigentlich müsste Thurplus die Investitionen weiter hochhalten, da sie über ein grosses Polster verfügen, das in den letzten Jahren mit dem Verkauf fossiler Energie angehäuft wurde. Die Stadt dagegen sollte die Investitionen etwas drosseln, zumal ja auch noch das Hallenbad ansteht. Nur in Strassen zu investieren, ist falsch und hilft auch nur einem kleinen Teil der Baubranche. Hier hätte ausnahmsweise etwas zurückgefahren werden dürfen. Denn wir wollen auch weiterhin ein Vermögen der Stadt. Wir sind immer noch nicht einverstanden, wenn der Stadtrat das ganze angesparte Geld innert kürzester Zeit aufbrauchen und die Stadt sogar in eine Schuld rutschen lassen möchte. Noch ist erst ein grosses Projekt spruchreif, es folgen noch viele mehr, und bis dahin dürfen wir nicht schon im Minus stehen. Das ist Verrat an der nächsten Generation, selbst in Zeiten von COVID-19.

Das Budget und der Finanzplan des AZP sind einmal mehr stabil. Leider kann man dies von der allgemeinen Pflegesituation im AZP noch nicht behaupten. Hier muss der Stadtrat eingreifen, bevor es zu spät ist. Der Antrag auf das Minimum kommt noch.

Zum Schluss möchte ich mich noch einmal bedanken. Diesmal nicht nur für die Erstellung des Budgets, sondern für die gesamte geleistete Arbeit im vergangenen schwierigen Jahr. Vielen Dank allen Angestellten und dem Stadtrat.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Ich darf ganz zum Beginn im Namen meiner Fraktion allen Mitarbeitenden der Stadt ganz herzlich danken für die sorgfältige Arbeit beim Erstellen des Budgets, die gute Dokumentation und vor allem auch die vielen klärenden Bemerkungen. Wir sind uns bewusst, dass gerade in dieser Coronazeit, in der viele andere Aufgaben Flexibilität erfordern, das nicht selbstverständlich ist, dass diese Zeit und Vorsicht aufgewendet wurde. Herzlichen Dank.

Zum Defizit: Wie auch den anderen Fraktionen macht natürlich auch uns dieses Defizit etwas Bauchweh. Trotzdem sind wir dankbar, dass der Stadtrat nicht nervös wurde und nicht über eine Steuererhöhung nachgedacht hat. Wie die anderen auch gesagt haben, wäre es kein guter Zeitpunkt dafür. Wir sind natürlich froh um die Reserve aus guten Jahren und sind froh, wenn wir zuerst die realen Auswirkungen in der Rechnung anschauen können, um dann allenfalls Massnahmen ergreifen zu können. Wie schon Vorredner gesagt haben, für diesmal geht es, vielleicht auch noch für zwei, drei andere Male, aber so ein Defizit darf natürlich kein Dauerzustand sein. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat das ernstnimmt und auch weiter nach Sparpotenzial Ausschau hält.

Zur Aufstockung der Stellen: Wir empfinden die Auflistung der Stellen, die aufgestockt werden, als gut begründet. Wir werden sie auch unterstützen, sie scheinen uns sinnvoll. Dennoch haben wir die Erwartung und die Hoffnung ähnlich wie die FDP, dass auch wenn unsere Stadt wächst, ein vorsichtiges Auge auf die Effizienz und auch die Not dieser Stellen geworfen wird. Dass Effizienz gefördert wird, wo das möglich ist, das soll in keiner Weise irgend auch nur ein Anflug einer Unterstellung sein, dass in unserer Stadt nicht effizient gearbeitet wird, dass Menschen faul oder schlecht arbeiten, nein, es ist ein Hinweis, dass es halt in jeder Organisation immer wieder Abläufe gibt, die vielleicht verdoppelt sind, die vielleicht nicht so effizient sind, die effizienter gestaltet werden könnten. Da haben wir natürlich zu wenig Einsicht, um genau den Finger draufzuhalten, wo das sein könnte, aber wir vertrauen darauf, dass der Stadtrat und die Departementsleiter die Kompetenz haben, da auch gut hinzuschauen. Dazu gehört natürlich auch der Mut, allenfalls auch an gewissen Plätzen eine Stelle wieder zu streichen, wie hier zum Beispiel im Budget die zusätzliche Stelle in der Sozialhilfe für die Coronasituation. Wenn sie dann nicht mehr gebraucht würde, dann wäre das ja vielleicht eine Möglichkeit, da auch mal wieder etwas abzubauen. Ja, wir vertrauen auf den Stadtrat. Wir wissen auch, dass ein zufriedenes und ein gesundes Personal das Kapital der Stadt ist. Und es ist wichtig, dass unsere Angestellten gute Arbeitsbedingungen vorfinden. Wie gesagt, wir werden die Aufstockung unterstützen.

Zur Veränderung in der Rechnungslegung im Departement Bau und Verkehr muss ich nicht viel sagen, da wurde schon vorher darauf hingewiesen. Auch bei uns wird zwar geschätzt, dass man sich vor die Mitarbeiter stellt und diese schützen will, aber es erschwert einfach die Vergleichbarkeit, wenn das anders dargestellt wird als in vergangenen Jahren. Grundsätzlich gilt doch, Veränderungen im Rechnungswesen sollten nur vorgenommen werden, wenn unbedingt nötig. Da finden wir, das ist zwar nett, aber nicht unbedingt nötig in diesem Bereich. Wir wären auch froh, wenn das rückgängig gemacht würde.

Eine ganz kurze Bemerkung zum geschenkten Fitnesspark der Thurgauer Kantonalbank: Wir freuen uns natürlich ab diesem Geschenk, aber es wäre schöner, wenn es ganz geschenkt würde. Ich werde nicht mehr viel dazu sagen, später im GPK-Votum mehr dazu.

Dann darf ich auch noch im Namen der Fraktion Lob und Dank aussprechen. Ganz konkret zuerst im Departement Alter und Gesundheit zu den Krankenkassenprämienrückzahlungen. Da sind wir auch nach den Berichten in der GPK überzeugt, dass da ein gutes Case Management gemacht wird. Ein Aufwand, der sich lohnt. Sowohl für die Betroffenen wie auch für die Stadt. Herzlichen Dank, dass da konkret jetzt ganz gut gearbeitet wird. Dann geht auch noch ein Lob und Dank an das Departement Gesellschaft und Soziales in Bezug auf die Berufsbeistandschaft. Wir haben bei der Rechnung kritische Bemerkungen gehabt aus unserer Fraktion. Wir danken, dass wir in der GPK gut und ausführlich informiert wurden. Aufgrund dieser Information sind wir überzeugt, dass die Situation aufgearbeitet wurde und jetzt gut läuft. Herzlichen Dank, dass das ernstgenommen und diesem Anliegen nachgekommen wurde. Dasselbe gilt für die aufsuchende Elternarbeit. Da sind wir informiert worden und finden auch da, dass wir froh sind, dass es wieder gut läuft und danken, dass wir da gut informiert werden.

Ganz kurz etwas zu den Anträgen aus den Fraktionen: Zwei Anträge, die natürlich zuerst sehr viel Sympathie finden. Wer möchte denn nicht die Kinder unterstützen und dass die Vereine da

Geld bekommen? Aus unserer Fraktion kam grosses Wohlwollen, trotzdem wird nur ein Teil der Fraktion den Antrag unterstützen, weil es in der jetzigen Situation den einen nicht angepasst scheint, zusätzliche Ausgaben zu tätigen. Fast noch mehr Sympathie so spontan erhält die Erhöhung der Lohnsumme für die Mitarbeitenden im Alterszentrum Park. Es ist grundsätzlich berührend und sie haben das auch verdient. Wer könnte da etwas dagegen sagen? Eigentlich noch viel mehr als das, was beantragt wird. Aber bei uns ist die grosse Frage offen: Woher soll denn das Geld kommen? Es ist auch für das AZP ein finanziell angespanntes Jahr und die Möglichkeiten, diese 100'000 Franken zu erwirtschaften, wären, dass man eine Taxerhöhung machen würde. Ob das in der jetzigen Situation angebracht ist, ist sehr fraglich. Oder wird das Geld einfach eingespart, was dann auch wieder zum Bumerang gerade auch für das Personal werden könnte, weil diese Sparmassnahmen sehr wahrscheinlich auch wieder Auswirkungen auf das Personal hätten. Aus diesem Grund haben wir zwar viel Sympathien, aber wir werden das nicht unterstützen.

Ganz zum Schluss nochmals einen herzlichen Dank an den Stadtrat und alle Mitarbeitenden der Departemente. Wir sind uns bewusst, wir haben ein anspruchsvolles Jahr hinter uns, das viel Flexibilität erforderte, auch viel Mehraufwand in allen Bereichen. Wir wünschen den Mitarbeitenden und dem Stadtrat viel Weisheit und Kraft und hoffen, dass in dieser Weihnachtszeit nicht nur neuer Stress auf Sie zukommt, sondern auch einige schöne Stunden. Wir werden den Budgetanträgen zustimmen.

**Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP):** Herzlichen Dank für die mehrheitlich positive Würdigung des Budgets und auch für das weit verbreitete Vertrauen. Wir wissen das sehr zu schätzen und wir wissen auch, dass dieses Vertrauen schneller verspielt ist als manchmal lieb. Deshalb wollen wir dem auch Sorge tragen.

Dass das Budgetieren keine exakte Wissenschaft oder angewandte Wissenschaft sein kann, ist klar, ein Finanzplan schon gar nicht. Nichtsdestotrotz versuchen wir jedes Jahr, möglichst nahe an der Realität zu budgetieren, was aber dieses Jahr natürlich, weil die Realität so anders ist als in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, noch schwieriger war.

Dass wir ein solches Budget mit einem derart grossen Defizit, was die Stadtverwaltung betrifft, vorlegen und mit einem ausgeglichenen, wenn man die Abschreibungen wegzählt, bei Thurplus und beim Alterszentrum ein - wie Peter Hausammann gesagt hat, im üblichen Rahmen liegendes Budget abliefern - das ist uns bewusst und uns ist auch bewusst, dass das Minus in der Stadtverwaltung natürlich eine starke Beanspruchung Ihrer Geduld ist, aber auch unserer. Nichtsdestotrotz haben wir angesichts der Situation gesagt, wir wollen die Investitionen oben behalten, wir wollen den Steuerfuss nicht erhöhen, wir wollen in dieser schwierigen Situation nicht zwei negative Signale an die volkswirtschaftliche Entwicklung schicken und das wäre es. Wenn wir den Steuerfuss erhöhen, entziehen wir das Geld den Unternehmen und den natürlichen Personen. Wenn wir die Investitionen herunterfahren oder sie hinauszögern, dann kommt dieses Geld nicht in den Kreislauf und fehlt dem gesamtgesellschaftlichen Kreislauf. Deshalb haben wir gesagt, wir behalten das im gleichen Rahmen. Wir können das auch, wir haben das von Gemeinderat Hausammann gehört, dass wir das entsprechende Polster haben. Gemeinderat Vontobel hat den Spruch «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not» genannt und das war auch genau unser Ansinnen in diesem Zusammenhang, antizyklisch zu handeln. Wir sind uns aber auch bewusst Gemeinderat Frey, dass wir natürlich den Spielraum, der in den vergangenen Jahrzehnten geschaffen wurde, so nützen und dass wir damit auch gewissen Spielraum für die folgenden Jahrzehnte nehmen. Das ist uns bewusst und deshalb ist klar, dass wir weiterhin auch ein ausgeglichenes Budget anstreben. Wir werden aber in den nächsten Jahren das nur eher unwahrscheinlich erreichen können. Denn ich gehe leider davon aus, dass die volkswirtschaftlichen Folgen der Pandemie noch grösser sind, als wir es heute oder im Herbst abgeschätzt haben.

Was das Personal betrifft, Gemeinderat Frey hat darauf hingewiesen, dass 120'000 Franken nicht so viel sind. Nun, es ist nächstes Jahr 120'000 Franken, aber weil ja dann diese Einsparung,

diese Nicht-Erhöhung bei der individuellen Leistungskomponente sich auch in den folgenden Jahren selbstverständlich auswirkt, ist es auf zehn Jahre hinaus gerechnet 1.2 Mio. Franken, die wir so sparen. Daher sind 120'000 Franken nicht auf ein Jahr bezogen, sondern auch auf die Folgejahre. Die Aufstockungen fallen sicher ins Gewicht. Ich erinnere Sie aber daran, dass wir in den Jahren 2015 bis 2018 kaum Personalaufstockungen hatten, die Bevölkerung aber wuchs. Und wir sind so mit diesen Personalaufstockungen für das Jahr 2020 und 2021 bei 5.5 % Stellenwachstum innerhalb der Jahre 2014 bis 2021, aber die Bevölkerung hat um 7 % zugenommen in dieser Zeit bzw. wird um 7 % zugenommen haben, weil ich ja auch das Jahr 2021 miteinbeziehe. Wir wachsen jedes Jahr knapp 1 % und wir haben also 5.5 % Stellenwachstum gehabt, wir sind unter dem Bevölkerungswachstum. Das denke ich, ist nicht ganz unwichtig.

Was die Frage der spezifischen Coronaprämien betrifft, so ist das wirklich auch etwas, was wir im Stadtrat diskutiert haben. Sie werden später mehr dazu hören. Nur so viel von meiner Seite: Es haben sehr, sehr viele Mitarbeitende über alle Departemente hinweg Ausserordentliches geleistet in diesem Jahr. Es haben sehr, sehr viele Personen in der ganzen Schweiz Ausserordentliches geleistet. Es haben auch diejenigen psychisch Ausserordentliches leisten müssen, die nichts mehr tun konnten oder können. Also wir sind hier in einer wirklich schwierigen Ausgangslage, um spezifisch Leute hervorzuheben, nur schon deshalb, weil gerade im ersten Lockdown zum Beispiel das Alterszentrum auch aus anderen Departementen aktiv unterstützt wurde. Wir mussten das Hallenbad schliessen und wir konnten dann Mitarbeitende aus dem Hallenbad auch einsetzen im Alterszentrum Park. Sie sehen, so einfach ist es nicht, irgendeine Personengruppe herauszunehmen, sondern es haben sehr viele in diesem Jahr Grosses geleistet und wir müssen leider davon ausgehen, dass noch viele Grosses werden leisten müssen. In diesem Sinn danke ich Ihnen für die mehrheitlich positive Aufnahme des Budgets und bin gespannt auf die Detailberatung.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Ich entnehme diesen Voten, dass das Eintreten als solches unbestritten ist und komme somit zur Detailberatung. Vielleicht kurz vorweg: Wir sind gut in der Zeit, ich würde tendenziell ca. 18 Uhr die Pause veranschlagen. Ich nehme an, das ist etwa zwischen Departement 2 und 3. Wir werden sehen, wie schnell wir vorankommen.

## DETAILBERATUNG

**Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Unsere Fraktion hat die Botschaft Budget 2021 und den Finanzplan 2022-2024 intensiv studiert. Als Milizpolitiker ist es schwierig, beim städtischen 80-Millionenbudget, das mit rund 3.6 Mio. Franken ein Defizit veranschlagt, irgendwelche Streichungen vorzunehmen, die es aus unserer Sicht zwingend braucht. Dafür fehlen uns Hintergrundinformationen und weitere relevante Infos, Zusammenhänge der Prozesse, teils auch buchhalterisches Wissen, und der HRM2-Kontenplan macht es auch nicht gerade verständlicher, zum Beispiel dass Konten pro Gliederung und nicht mehr nach Leistung aufgeführt sind. Umso mehr haben wir darauf vertraut, dass der Stadtrat auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage angemessen reagiert. Kleinigkeiten wie der TKB-Fitnesspark – übrigens wurde dort der Landpreis nicht eingerechnet und der Unterhalt belastet jährlich – oder die Erweiterung des Pumptracks, haben uns aber eines Besseren belehrt. Vor allem die Bewässerungsanlage und der Ersatz der Vorhänge in der Festhalle verwundern uns, da doch immer wieder auf das noch fehlende Gesamtkonzept der Sportanlagen hingewiesen wird. Immerhin dürfen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Einfache Anfrage von Alt-Gemeinderat Christoph Tschanen «Vergünstigung für Mitarbeitende der Stadt Frauenfeld» im Ansatz Wirkung zeigt und mit der Umsetzung teilweise per 2021 gestartet wird. Weitere Bereiche seien in Bearbeitung.

Unserer Fraktion macht die Entwicklung der Stadtfinanzen sehr grosse Sorgen. Es werden allzu viele Wünsche von Gruppierungen erfüllt, aber die Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler treten dabei in den Hintergrund. Fazit: Es wird viel Geld für wenige ausgegeben. Das vorliegende Budget 2021 mit einem Defizit von rund 3.6 Mio. Franken ist nicht akzeptabel. Es wä-



ren diverse Kürzungen in Bereichen möglich, die zwar wünschenswert, aber nicht zwingend notwendig sind. Zum Beispiel 1 Mio. Franken für zusätzliche Personalkosten, 300'000 Franken für den KAFF-Vereinshauspavillon, 200'000 Franken für das Mitsommerfest oder der COVID-Fonds mit 1.26 Mio. Franken. Die Erfahrungen vergangener Jahre haben aber gezeigt, dass unser Rat noch nicht so weit ist, Streichungsanträge aus unserer Fraktion zu unterstützen. Der Rat zieht es vor, mit einem tiefroten Defizit in die neue Saison zu starten. Auch in den GPKs hat es sich gezeigt, der Sparwille der anderen Parteien ist nicht vorhanden. Im Zweifelsfall wird jedes Nice-to-have durchgewunken, ich habe einige bereits erwähnt.

Im Finanzplan sind für die folgenden Jahre jeweils grössere Defizite geplant und keine Steuererhöhungen aufgeführt. Wir erwarten vom Stadtrat klare und verständliche vorbehaltene Entschlüsse, die diese Defizite reduzieren und zu einer schwarzen Null führen. Welches sind die vorbehaltenen Entschlüsse des Stadtrats? Kann der Stadtrat auch eine verbindliche Zusage abgeben, dass keine Steuerfusserhöhungen im aufgezeigten Zeitraum des Finanzplans beantragt werden?

Es werden vom Stadtrat neue Stellen beantragt, obwohl durch die Verschiebung von Ämtern in andere Departemente sicherlich auch die Stellen verschoben wurden. Wir erwarten vom Stadtrat ergänzende und klare Begründungen für die neuen Stellen. Es sind dabei auch die verbleibenden Stellen in den Ämtern klar aussagekräftig zu umschreiben und zu erklären, wieso diese Stellen nicht auch das Departement gewechselt haben. Fazit: Es dürfen in der Stadtverwaltung keine neuen Stellen geschaffen werden, es muss ein Personalstopp beschlossen werden. Wir lassen uns nicht jedes Mal damit abspeisen, dass wir zu Tode sparen wollen oder dass die Anforderungen gestiegen sind oder das Bevölkerungswachstum rechtfertige einen Stellenausbau. Immerhin sind wir mitten im Digitalisierungsprozess, womit eine Effizienzsteigerung erfolgen muss.

In Zukunft sind weiterhin zu hohe Investitionen vorgesehen, sodass sich das heute noch stattliche Nettovermögen in eine Nettoschuld verwandeln wird. Dies bereitet uns grosse Sorgen. Zudem schreiben wir schon längere Zeit zu wenig ab und mit dem zukünftig vorgesehenen Investitionsvolumen verschärft sich dies noch. Der Selbstfinanzierungsgrad in den Finanzplanjahren ist auf einem zu tiefen Niveau. Wünschenswerte Stadtentwicklungsprojekte wie das Gesamtbild Agglomeration, das Kasernenareal, der Murgbogen, die Erneuerung der Stadtbusflotte etc. sind so nicht finanzierbar. Kürzungen oder sogar Streichungen ganzer Bereiche sind unvermeidbar. Die Stadt muss sich schon fragen, was sie sich das leisten kann. Jede Investition muss im Zusammenhang mit den Abschreibungen betrachtet und geprüft werden.

Mit dem Bilanzüberschuss von 71.1 Mio. Franken, der in der Botschaft auffällig oft erwähnt wird, will die Stadt das prognostizierte Defizit kompensieren. Dieser Bilanzüberschuss ist eine buchhalterische Grösse für solche Aktionen. Wichtiger ist aber die Entwicklung des Nettovermögens, das in absehbarer Zeit zu einer Nettoschuld wird. In drei Jahren 692 Franken pro Einwohner. Aus unserer Sicht ist endlich eine Schuldenbremse einzuführen. Sie kennen diesen Begriff.

Bei Thurplus präsentiert sich ein einigermaßen solides Budget, erstmals unter Berücksichtigung der Gewinnablieferung von rund 400'000 Franken. Die Herausforderungen der Strommarktöffnung hinterlassen im Budget ihre Spuren und werden auch in Zukunft unberechenbar bleiben. Der seit Jahren erfreuliche, teilweise sehr hohe Gewinn wird gedrosselt und kommt massgebend durch das Gasgeschäft aufgrund der Prozessenergie von Industrie und Gewerbe zustande. Die Gasgegner sollten sich dies in Bezug auf den Erhalt von Arbeitsplätzen am Standort Frauenfeld auch gut überlegen und nicht vergessen.

Auch das AZP hat ein herausforderndes Jahr vor sich und je nach Corona-bedingter Entwicklung der Situation im Haus Ergaten Talbach, der Belegung und der Normkostenbeiträge kann das 2021 einen besseren oder weniger guten Verlauf nehmen. Die Hausaufgaben sind im Bereich Betrieb gemacht, der Bereich Liegenschaftenunterhalt wurde jedoch vernachlässigt und wird zusätzlich Belastungen auslösen.

Wir danken dem Stadtrat, den Amtsleitern und allen städtischen Angestellten für ihren täglichen Einsatz. Dies sage ich bewusst, auch wenn unsere Fraktion mit dem Budget der Stadt nicht einverstanden ist. Aber dieser offene und deutliche Austausch muss Platz haben, sonst stimmt etwas nicht. Unsere Fraktion wird allfällige Anträge der linken Seite für Defizitausbau ablehnen. Den Anträgen 1, 2, 4 und 5 der Botschaft stimmen wir zu, den Antrag 3, das Budget 2021 der Stadtverwaltung werden wir ablehnen. Und es ist aus unserer Sicht zwingend nötig, dass das Budget den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern vorgelegt wird.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP):** Ich spreche im Namen des Vorstands des Personalverbands der Stadt Frauenfeld, dessen Präsident ich seit diesem Sommer bin. Einleitend muss ich sagen, dass der Personalverband sich nicht ernstgenommen fühlt. Der Stadtrat hat im Zuge der Budgeterstellung beschlossen, die individuelle Lohnanpassung für das Jahr 2021 auszusetzen. Leider hat er es verpasst, die Meinung des Personals, insbesondere des Personalverbands einzuholen und dies, obwohl es die Personalverordnung, die der Stadtrat selbst erlassen hat, so vorsieht. Der Personalverband wurde zwar noch vor dem Personal und der Öffentlichkeit informiert, aber dies nur um Tage, also ohne Chance, noch eine Stellungnahme oder einen Gegenvorschlag einzubringen. Seine Begründung, dass gespart werden müsse, wird gemäss Rückmeldungen nicht von allen gleich geteilt. Viele hatten und haben in diesem Jahr Mehraufwand oder mussten anderswo auf Arbeitseinsätze verzichten. Man müsse auch die Stadtfinanzen anschauen und diese seien grundsätzlich gut, und ob die finanzielle Lage 2022 dann wirklich besser sei, ist noch offen. Wir zählen aber auf das Versprechen des Stadtrats, dass es eine einmalige Sache sei. Was aber nicht einmalig ist, sind die Leistungen des Personals, die der Stadtrat im gleichen Aufwasch streicht. Dieses Jahr sind es die Vergünstigungen für die Massagen und die Dienstleistungen der Einwohnerdienste, bald sollen auch die Vergünstigungen bei den Badiabos und allenfalls bei den Parkplätzen fallen. In der Beantwortung der Einfachen Anfrage von Alt-Gemeinderat Tschanen im Sommer war noch klar eine andere Haltung erkennbar. Da schreibt der Stadtrat wörtlich: «Der Stadtrat ist der Meinung, wie sich im Vergleich bestätigt hat, dass Vergünstigungen im für die öffentliche Verwaltung üblichen Rahmen angeboten werden. Auch sind Vergünstigungen auf eigene und ausgewählte Dienstleistungen Dritter Ausdruck von Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden und unterstützen die Mitarbeiterbindung sowie im ersten Fall die Identifikation mit der Arbeitgeberin.» Wir verstehen entsprechend nicht, weshalb nun die Dienstleistungen der Einwohnerdienste, welche jährlich rund 500 Franken Kosten verursachen, gestrichen werden sollen. Eher verstehen wir noch die nicht mehr vergünstigt angebotenen Massagen, da nicht alle Mitarbeitenden davon profitieren können, da das Angebot sehr eingeschränkt verfügbar ist. Wenn dann aber auch noch die Vergünstigung beim Jahresabo für die Badi, welche jährlich mit ca. 5'000 Franken zu Buche schlägt, gestrichen wird, sehen wir die Relation zur Investition von 40 Mio. Franken definitiv nicht mehr. Wir appellieren hier also an die Vernunft des Stadtrats, seine Entscheidungen in Zukunft mit seinen Aussagen korrelieren zu lassen. Denn die gestrichenen Dienstleistungen fallen kaum ins Gewicht der Stadtrechnung, sorgen aber bei den Mitarbeitenden für rote Köpfe und schlechte Stimmung.

Nun aber nochmals zur Aussetzung der individuellen Lohnanpassungen. Die Einsparungen betragen bei der Stadtrechnung knapp 100'000 Franken, beim AZP ca. 75'000 Franken und bei Thurplus etwas unter 40'000 Franken. Diese Beträge sind nicht riesig, auch wenn man sie wie gesagt und wie vom Stadtpräsidenten vorhin gesagt, auf zehn oder mehr Jahre hochrechnet, wenn man bedenkt, dass allein bei der Stadt schon für die Löhne der Mitarbeitenden 18.2 Mio. Franken ausgegeben werden. Nun sind diese kleinen Beiträge aber eben vor allem für diejenigen spürbar, die im tiefen Lohnsegment angesiedelt sind. Umso enttäuschter werden diese Personen auch über den Stadtrat sein. Ich persönlich werde den Antrag für den Bonus des AZP-Personals unterstützen, bin aber der Meinung, dass das Personal gesamthaft etwas bekommen sollte. Denn es gibt, wie auch vom Stadtrat gesagt, andere Bereiche, in denen grosse Einschränkungen zu verzeichnen sind. Ich habe im persönlichen Gespräch mit dem Stadtpräsidenten eine Abmachung getroffen, damit ich die einleitenden Worte hoffentlich nie mehr gebrauchen muss und das Personal sich in Zukunft ernster genommen fühlen kann. Wir werden uns in Zukunft bereits

früher im Budgetprozess austauschen, damit bei allfälligen weiteren Sparbemühungen auf Kosten des Personals der Personalverband immerhin seine Sicht einbringen kann. Partizipation ist nicht nur beim Volk, sondern auch beim Personal erwünscht. In diesem Sinn soll der Personalverband in Zukunft auch bei Änderungen der Personalverordnung angehört werden. Selbst bei kleinen Änderungen, wie sie der Stadtrat auf den 1. November 2020 bereits wieder vorgenommen hat. Schade, dass wir da nicht informiert wurden. Still und heimlich. Diese habe ich nur zufällig entdeckt. Nun, geschätzter Stadtrat, geschätzte Vorgesetzte auf allen Stufen, stellen Sie sich Ihren Untergebenen, und zwar nicht von oben herab, sondern miteinander zum Wohl der Stadt. Motivierte Angestellte, egal ob vorgesetzt oder ausführend, sind das Rückgrat der Stadt und ihrer Betriebe. Ohne sie läuft nichts. Seien wir stolz auf die Leistungen, die auf allen Stufen tagtäglich geleistet werden und tragen wir ihnen Sorge.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Bitte nehmen Sie den Ordner oder das PDF und folgen Sie den Hinweisen. So kommen wir hoffentlich möglichst doch noch zum angestrebten Ziel. Kurz zur Orientierung: Das Register 1 oder PDF Seiten 3 - 67 enthält die Botschaft mit den Anträgen. Gibt es hierzu grundsätzliche Bemerkungen? Register 2 oder PDF Seiten 68 - 79 die Investitionsrechnung zum Budget 2021. Gibt es hier allgemeine Bemerkungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann Register 3, das ist der Hauptteil oder im PDF Seiten 80 - 275 findet sich die Erfolgsrechnung zum Budget 2021. Gibt es zum gestuften Erfolgsausweis oder der Artengliederung am Anfang Bemerkungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

*Departement 1 für Finanzen, Stadtentwicklung und Zentrales*

Erfolgsrechnung Seiten 7 - 54, institutionelle Gliederung Budget nach Ausgabeart Seiten 125 - 144 sowie Projektblätter Seiten 1 – 22.

**Gemeinderätin Severine Hänni (SVP), Referentin im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Die GPK hat in ihrer Sitzung vom 11. November die Botschaft des Stadtrats zum Budget der Stadt Frauenfeld der Departemente Finanzen und Zentrales beraten. Ich informiere den Gemeinderat hier zu den Beratungen aus der Kommission. Ich beginne mit der Erfolgsrechnung.

1213 3130.11

Hier wurde uns erläutert, dass die Jungbürgerfeier zwar nicht in der ursprünglichen Form stattfinden wird, man aber plane, die Jungbürger in einer alternativen Form zu begrüßen und daher wurde diese Position nicht auf 0 gesetzt.

1230 3010.00

Es wurde die Frage gestellt, warum die Kosten durch die Auslagerung der IT bei der Thurplus keine Reduktion mit sich bringe. Uns wurde erläutert, dass die IT bis dato eher knapp war und auch durch Corona klar wurde, wie wichtig die IT und entsprechende Investitionen sind. Daher werden die Stellenprozente beibehalten.

1310 Amt für Kultur

Dem Wunsch nach einem Controlling der Leistungsvereinbarungen und einem entsprechenden Bericht an die GPK wird der Stadtrat in Zukunft nachkommen. So soll ein Kurzbericht der 24 Controllingberichte zuhanden der GPK verfasst werden. Ein Mitglied ergänzt, dass aus dem Bericht ersichtlich sein müsse, was geprüft wurde, wie es laufe, was verlangt worden sei, was geprüft werde und ob etwas festgestellt wurde oder nicht.

14 Amt für Kommunikation und Wirtschaftsförderung

Auf die Frage nach dem wesentlichen Plus verweist uns der Stadtpräsident auf Seite 24 der Botschaft, welche die Umgliederung erläutert. Dort sind auch die resultierenden Mehraufwände von 113'000 Franken erläutert.

1510 3010.00

Auf die Frage nach dem Fortbestand der Praktikumsstelle wurde uns erläutert, dass diese weiterbestehen werde und es sich tatsächlich um eine Praktikumsstelle und nicht um eine Kompensation von fehlendem Personal handelt.

1520 Immobilien Finanzvermögen

Die Frage, welche GPK nun für die Liegenschaftsverwaltung zuständig sei, wurde noch nicht abschliessend geklärt. Dies wird noch weiterverfolgt.

Zur Investitionsrechnung gab es keine Wortmeldung.

*Departement 2 für Bau und Verkehr*

Erfolgsrechnung Seiten 54 - 83, institutionelle Gliederung nach Ausgabeart Seiten 144 - 160, keine Projektblätter.

**Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Zuerst zur Erfolgsrechnung, welche im Register 2 auf Seite 54 zu finden ist. Gegenüber dem Vorjahresbudget sind knapp 2.4 Mio. Franken weniger Ausgaben und rund 1.9 Mio. Franken mehr Erträge vorgesehen. Diese Veränderungen sind jedoch mit grosser Vorsicht zu geniessen, da innerhalb der Stadtverwaltung Verschiedenes umorganisiert wurde. Dies führt zu einer schlechten Vergleichbarkeit. Aus Sicht der GPK ist das ein grosses Ärgernis. Ich komme später darauf zurück. In der Diskussion der GPK wurden verschiedene Themen angesprochen, auf einige Punkte möchte ich nachfolgend eingehen.

Stadtrat Elliker verweist auf die schwierige Vergleichbarkeit aufgrund der Reorganisation im Zusammenhang mit der Liegenschaftsstrategie. Die geplante Einbindung des Werkhofs ins Tiefbauamt auf 2022 werde weitere Veränderungen in der Rechnung mit sich bringen. Ein GPK-Mitglied weist darauf hin, dass auf Seite 56 sehr viele Positionen ohne Vergleichszahlen aufgeführt wurden. Finanzchef Angehrn erklärt, es gebe keine Vergleichszahlen, weil der Bereich Zentrale Dienste neu im Amt für Hochbau und Stadtplanung sei (Konto 2100). Auf Seite 57 im Konto 2110 sei nichts mehr budgetiert. Der zuständige Stadtrat erwähnt, dies habe auch zur Folge, dass die Löhne einzelner Personen nicht mehr ersichtlich seien. Dieser Umstand kann von der GPK im Grundsatz nachvollzogen werden, allerdings ist es störend, dass jetzt das Departement Bau und Verkehr hier eine Änderung im Budget und der Rechnung vornimmt, welche in der Folge das ganze sehr unübersichtlich macht. Zudem wurde in der Beratung des Budgets festgestellt, dass diese Änderung auch innerhalb des Departements nicht konsequent umgesetzt wurde. Die GPK fordert hier vom gesamten Stadtrat, dass vergleichbare Positionen in der Rechnung über die gesamte Stadtverwaltung einheitlich in der Rechnung geführt werden und solche Umstellungen über die gesamte Stadtverwaltung koordiniert erfolgen sollen. Die Rechnung soll eine Vergleichbarkeit und Transparenz ohne lange Detektivarbeit ermöglichen. Aus Sicht der GPK sorgen Organisationsanpassungen innerhalb der Stadtverwaltung schon für genügend Veränderungen in der Rechnung, sodass andere Veränderungen auf ein Minimum zu beschränken sind.

2130

Eine Gemeinderätin erkundigt sich, ob es sich hier um interne Vermietungen handelt. Amtschef Helbling antwortet, es seien für die Verwaltung genutzte Liegenschaften. Die Gemeinderätin will wissen, warum die Nebenkosten nur bruchstückhaft und nicht effektiv aufgeführt würden. Finanzchef Angehrn begründet dies mit unterschiedlichen Regelungen pro Objekt. Beim Feuerwehrdepot zum Beispiel sei es ein Pauschalbetrag, ähnlich auch beim Werkhof. Dies solle gelegentlich aufgearbeitet und einheitlich gestaltet werden. Die Pauschalen seien in den jeweiligen Beschlüssen nicht separat ausgewiesen.

2341

Ein GPK-Mitglied nimmt an, dass die höheren Ansätze bei der Tierkörpersammelstelle enthalten sind, dies wird vom zuständigen Stadtrat verneint, weil nicht zu erwarten sei, dass die Anlage 2021 bereits gebaut und in Betrieb sei.

2390 3151.02

Eine Gemeinderätin will wissen, ob die Elektrofahrzeuge grundsätzlich weniger reparaturanfällig seien, dies wird vom Stadtrat Elliker bejaht.

2340 3111.00

Ein Gemeinderat erkundigt sich, ob es sich bei den 15'000 Franken für grössere Abfalleimer in der Altstadt um eine einmalige Investition handelt. Stadtrat Elliker bejaht. Man habe insbesondere seit Corona ein verstärktes Abfallproblem. Ab Januar werde der Werkhof sogar am Samstag einen Dienst einführen, um dem entgegenzuwirken. Ein anderer Gemeinderat fragt, ob nicht die Verursacher in die Verantwortung genommen werden können, statt den Abfall einfach zu beseitigen. Stadtrat Elliker weist darauf hin, dass gemäss Litteringgesetz Leute nur gebüsst werden können, wenn sie erwischt werden.

Die Stellenaufstockung beim Amt für Hochbau und Stadtplanung um 150 Stellenprozent gab in der GPK auch einiges zu diskutieren. Sowohl Stadtrat Elliker als auch Amtschef Helbling erklärten, wieso jetzt in diesem Umfang Stellen aufgestockt werden müssen. Stadtrat Elliker verweist auf das grössere Aufgabengebiet sowie die Aufarbeitung von diversen Themen. Eine externe Vergabe von Arbeiten wäre sehr teuer und vom Ergebnis her oft nicht in gewünschter Qualität. Gerade die Projekte Stadtentlastung und Agglomerationsprogramm haben das ganze Departement sehr stark belastet und man wolle das jetzt unter Kontrolle bringen. Amtschef Helbling erläutert, dass neue Aufgaben auch zu neuen Bereichen führen, was eine andere Abteilungsstruktur zur Folge habe. Dies bedeutet, dass sein Stellvertreter weniger auf den Baubewilligungen arbeiten könne als früher, sondern Liegenschaften und den Baubereich zusätzlich bei sich habe. Dies mache 50 % aus. Bei der Thematik Grünraum habe die Arbeit ebenfalls stark zugenommen, Stichwort Neophyten. Es sei nun geplant, 50 % von den Bauberatungen zum Grünraum zu transferieren, wodurch eine ganze Stelle in der Bauberatung entstehe. Der administrative Teil sei ebenfalls sehr gross, daher benötige man 50 Stellenprozent im Sekretariatsbereich. Insgesamt ergebe dies die 150 Stellenprozent. Ein Gemeinderat erkundigt sich, ob im letzten Jahr bewilligte Stellen mittlerweile besetzt seien, was Christoph Helbling verneint. Beim Bau und dem Portfoliomanagement laufe das Auswahlverfahren. Man gehe davon aus, die Stellen im ersten Quartal 2021 besetzen zu können. Derselbe Gemeinderat vermutet, dass solange die anzustellende Person noch nicht ausgewählt sei, gar nicht bekannt sei, ob es wirklich mehr Stellen brauche. Amtschef Helbling erklärt, dass sein Stellvertreter Michael Schröder, der bisher für die Bauberatung zuständig war, nun in eine andere Rolle komme. Mit der Übernahme wurde keine Sekretariatsstelle geschaffen, das Sekretariat sei nun überlastet. Im Hinblick darauf, dass viele Werkverträge abzuschliessen sind, mache es Sinn, das Sekretariat zu ergänzen und nicht Personal mit höherer Fachkompetenz damit zu beschäftigen. Ein Gemeinderat ist der Meinung, in der Verwaltung Leute aufzubauen sei eine Sache, Leute abzubauen sei ein ganz anderes Thema und führe in der Regel zu extremer Unruhe. Er fragt sich, ob wie beim Beispiel Tierkörpersammelstelle das Hochbauamt zukünftig selber planen wolle, was Christoph Helbling bejaht. Die Frage sei, wie viel selber geplant werde. Die Bauherrenleistungen betragen rund 12 % der abgerechneten Bausumme, dafür sei die Bauherrenfunktion gedacht. Bisher wurde das von den einzelnen Ämtern und Departementen abgedeckt, das wolle man jetzt zusammenführen. Die Quantität der Planungen sei eine Ressourcenfrage. Das GPK-Mitglied verweist darauf, dass die Stadt bei der Tierkörpersammelstelle nicht nur die Bauherrenarbeit, sondern auch die Architekturarbeit gemacht habe. Christoph Helbling sagt, der architektonische Teil sei bei diesem Projekt nicht so gross, dass diese Arbeiten extern hätten mandatiert werden müssen. Der stadtinterne Aufwand sei 14'000 Franken gewesen.

Ein Gemeinderat erkundigt sich, ob eine Grünstadt Frauenfeld das Ziel sei. Stadtrat Elliker verneint dies. Christoph Helbling erwähnt Neophyten und Naturschutz und dass es viele Bäume gebe, die den Klimawandel nicht überleben und jetzt geschaut werden müsse, welche Bäume sich an welchen Standorten eignen, dies seien neue Aufgaben.

Dann komme ich noch kurz zur Investitionsrechnung in Register 2 ab Seite 5 und die Objektblätter in Register 6. Hier sind Bruttoinvestitionen von knapp 12 Mio. Franken vorgesehen. Für 2020 werden 10.4 Mio. Franken vorgesehen. Beim Vergleich der Nettoinvestitionen sind für 2021 knapp 9.8 Mio. Franken vorgesehen und für 2020 waren es knapp 9.3 Mio. Franken. Auch hierzu noch einige Bemerkungen:

Beim Objektblatt Seite 5 Stadtkaserne, Um- und Erweiterungsbau P&R-Gebäude: Hier erkundigte sich ein Gemeinderat nach dem Grund für diesen Schritt. Stadtbaumeister Christoph Helbling berichtet vom Ideenwettbewerb, der Machbarkeitsprüfung und dem Gestaltungsplan Verkehrsregime Parkierung, Entsorgung, um die verschiedenen Volumen zu sichern. Diese Arbeit ist zwingend, um die Baureife zu erreichen und für die Übernahme der Stadtkaserne im Baurecht.

Objektblatt Seite 7 Friedhof Oberkirch: Stadtrat Elliker informiert, dass der Zustand der Friedhofsgebäude als marod bezeichnet werden müsse. Christoph Helbling ergänzt, es liege ein Parkpflegekonzept mit verschiedenen Umsetzungsschritten vor, welches demnächst zur Verabschiedung in den Stadtrat gehe. Ein Gemeinderat will wissen, ob der budgetierte Betrag nur für die Planung vorgesehen sei, Stadtbaumeister Helbling antwortet, jede Mauer müsse angeschaut werden, jedes Detail müsse aufgenommen werden, jeder Umsetzungsschritt müsse geplant werden. Stadtrat Elliker fügt an, dass der Friedhof ein sehr sensibler Ort für Bauarbeiten sei, da auf die Grabruhe zu achten sei. Auch dies muss sauber geplant werden, was das Ganze aufwendiger macht.

Objektblatt Seite 9 Liegenschaften Finanzvermögen, Zustandsanalyse: Ein Gemeinderat erkundigt sich, ob es sich hier um externe Kosten handle. Gemäss dem zuständigen Stadtrat werde es sicher einen externen Auftrag geben, welcher den gesamten Betrag voraussichtlich beanspruchen wird. Gemäss Stadtrat Elliker ist in diesem Bereich ein grosser Nachholbedarf, da mehr als 20 Jahre kaum etwas gemacht wurde.

Objektblatt Seite 20 Junkholzstrasse: Ein Gemeinderat will wissen, ob ein konkretes Hochbauprojekt bestehe oder ob auf Reserve gebaut werde. Christoph Helbling erklärt, der Wettbewerb sei durchgeführt worden, es gehe jetzt darum, die Junkholzstrasse so zu sanieren und anzupassen, dass diese auf das neue Bauprojekt passt und im richtigen Zeitpunkt realisiert werden kann, abgestimmt auf die Realisierung des Hochbauprojekts. Aktuell verläuft die Strasse am Ende über Privatland, diese Situation ist ebenfalls zu klären.

Objektblatt Seite 75 Römerstrasse: Ein Gemeinderat findet die Idee spannend und erkundigt sich nach einem Projekt oder einer Studie, bzw. in welchen Etappen geplant werde. Christoph Helbling erläutert, man denke von der Thurstrasse bis zur Autobahnausfahrt Frauenfeld Ost. Die erste Etappe sei voraussichtlich von der Ausfahrt Ost bis zur Brücke Langdorfstrasse. Beim weiteren Verlauf müssen Einigungen mit privaten Eigentümern gefunden werden. Mit der Armee sei eine Lösung gefunden, gemäss Stadtrat Elliker ist es das Ziel mit der Römerstrasse, dass der Autobahnanschluss Ost doppelt, d. h. gegen Süden und zusätzlich auch gegen Norden angehängt werden könne, was die Zürcherstrasse entlasten würde und einen Spielraum für das Gebiet Murgbogen gebe. Ein GPK-Mitglied erkundigt sich, ob 2020/2021 die ganze Strasse geplant und dann innerhalb von drei Jahren in Teilstücken gebaut werde, Stadtrat Elliker bejaht dies.

Die GPK stimmte dem Budget für das Departement 2 einstimmig zu. Wir empfehlen Ihnen, dieses ebenfalls zu tun.

**Stadtrat Andreas Elliker (SVP):** Da kamen einleitend einige Fragen zusammen, was Sie zum Departement Bau und Verkehr wissen wollten. Ich werde versuchen, das möglichst zusammenzufassen:

Zur Gliederung: Ich nehme das mit in den Stadtrat, werde das dort diskutieren, aber ein hohes Anliegen ist mir der Schutz der Mitarbeiter mit den Löhnen schon. Wir haben den Personalverbandspräsidenten heute gehört.

Parkleitsystem: Kurz gesagt: In der heute abbeschriebenen Motion, die Parkierung beim Hallenbadbau zu integrieren, steht auf Seite 11 in der Beantwortung in Punkt 4.4.5, ein Verkehrsleitsystem oder Parkleitsystem wird im Nachgang zum Gesamtbild betreffend Agglomerationsprogramm über die ganze Stadt unabhängig vom Hallenbadneubau geplant. Es ist mir wichtig, Ihnen auch zu sagen, wann wir euch Informationen mitgeben.

Hinweis der Fraktion CH/GP/GLP zur Sanierung der Strassen: Da sprechen Sie mir als Alt-Gemeinderat aus dem Herzen. Das versuchen wir, soweit es möglich ist, umzusetzen, dass wir eine Zufahrt zu einer Siedlung oder einem Haus machen und nicht doppelt. Es gibt eine Strasse im Untergriessengebiet, wo ich als Gemeinderat dies vollziehen wollte und heruntergefallen bin. Aber ich danke, wenn die politische Unterstützung des Parlaments da ist.

Dann hat mir Gemeinderat Frey vorgängig an der Sitzung eine Frage zugestellt und ich habe ihm versprochen, diese im Gemeinderat zu beantworten. Die Frage ist auf Seite 71 Konto 4240.02 (Diverse Beiträge). Es geht um den Stadtbus. Das ist von diversen Punkten abhängig. Die Stadt Frauenfeld ist am Tarifverbund angehängt und dieser berechnet die Zahlungen über Abrechnungsjahre zurück, was man bekommt. Im Jahr 2020 ist spürbar, was von 2018 gekommen ist, im 2021, was aus 2019 stammt. Und es ist so, dass es da eine Solidarhaftung gibt. Die Verteilung ist solidarisch. Wenn aber der Wert steigt - was 2020 der Fall ist, in Frauenfeld sind die Werte von der Auslastung her besser als in anderen Teilen des Tarifverbunds - wird Frauenfeld mehr berücksichtigt. Aber auch da, wenn ein Gemeinderat eine Frage stellt, fällt man manchmal auch über Fehler der eigenen Budgetierung oder der eigenen Kommentare. Auf Seite 72 Konto 4631.6 (Beiträge von Kantonen und Konkordaten): Der Kommentar stimmt da nicht. Dieser ändert ebenfalls alle Jahre. Es gibt noch keine Coronaentschädigung. Diese könnte kommen, nachdem heute das Bundesparlament dementsprechende Entscheide getroffen hat. Aber dieser Kommentar stimmt nicht und ich will Ihnen da nicht etwas vorgaukeln, was nicht stimmt und falsch im Kommentar steht, darum beantworte ich das und danke Gemeinderat Frey, dass er da den Finger aufgehalten hat.

Allgemein zu den Kosten beim Stadtbus: Der Dieselpreis ist dieses Jahr tief, also haben wir weniger hohe Betriebskosten, das fällt direkt auf die Rechnung. Und der Stadtbus ist immer etwas ein Kaffeesatzlesen, wie viel er kostet und wie es läuft. Eben weil die Tarife anders kommen. Und die Auslastung ist eben über dem schweizerischen Durchschnitt.

Geschätzte Damen und Herren Gemeinderäte, wir hatten Jahre mit 2 Mio. Franken Defizit. Wir haben ein schwieriges Jahr hinter uns, es kommt ein schwieriges Jahr auf uns zu mit der ganzen Pandemie. Wir haben ein höheres Defizit, das ist klar. Wir wollen in die Zukunft gehen, wir wollen Projekte umsetzen. Und Projekte können wir nicht mit Luft, Liebe, Wasser oder Strom umsetzen, für das braucht es Personal. Und ich kann Ihnen sagen, meine Leute arbeiten viel und wir werden auch vom Personalamt wegen der Überstunden gerügt. Diese Leute arbeiten effizient, das kann ich Ihnen versichern. Da bin ich dran und ich bin nah bei meinen Personen dran. Und wenn die Personalsteigerung kommt und man ein Gesamtbild umsetzen möchte, wo es um Agglomerationsprogramme geht, dann braucht es Personal. Diese Sanierungen von Strassen, die in die Jahre gekommen sind, die wir jetzt dank dem Agglomerationsprogramm umsetzen können, und wenn wir Beiträge von Bund und Kanton bekommen, sparen wir Abschreibungen. Abschreibungen sind relevant für die laufende Rechnung. Es gibt da ganz klar Steuereinsparungen oder weniger Steuererhöhungen. Wir wollen diesen Weg gehen, wir wollen im November diese

Abstimmung machen mit einem sportlichen Zeitplan, was Sie im Anschluss an der letzten Gemeinderatssitzung auch klar zum Ausdruck gebracht haben. Wir setzen alles daran, den Gemeinderat und die Bevölkerung auch mit Einschränkungen dementsprechend über den laufenden Prozess zu informieren, sei das in Videokonferenzen oder wie auch immer über den schriftlichen Weg. Wir bleiben dran, wir haben unser Ziel, denn die Zeit ist knapp für die Umsetzung. Frauenfeld hat die einmalige Chance, Sanierungen mit einem Agglomerationsprogramm umzusetzen, unter anderem auch energetische Ziele besser und schneller erreichen zu können dank Agglomerationsprogramm und auch günstiger, sodass es den Steuerzahler in Frauenfeld weniger kostet. Dieses Geld liegt auf dem Stapel, darüber müssen wir nicht mehr diskutieren, das gehört Frauenfeld. Wenn wir dafür sind, dann müssen wir mit diesem Zug, ich nenne es Schnellzug, mitgehen und mitfahren. Man kann nicht Konzepte der Stadt, Strategien der Stadt sagen, ist gut, mach das, mit den Hinweisen, dass es mehr kostet, mehr Personal braucht, dann ist es so. Man hat 20 Jahre nicht viel gemacht. Bei vielen Gebäuden der Stadt könnte man mit einer Maschine in die Wand hineinfahren und ich wüsste nicht, wie viele dann noch stehen würden. Es ist marod. Ich kann Ihnen sagen, ich bin im Detail zum Teil im operativen Geschäft und bekomme Verträge vorgelegt, wo mir die Haare in alle Richtungen zu Berge stehen. Das muss aufgearbeitet werden, das braucht Manpower und das wird nicht mit Externen gut gemacht. Die machen einen Ordner, legen das ab, aber keiner weiss, um was es geht. Ich bin auf Vorverträge gestossen, von denen weder der Stadtpräsident noch jemand vom Stadtrat eine Ahnung hat. Solche Sachen werden wir weiter vorfinden. Wollen wir den Schritt gehen und aufräumen oder nicht? Da geht es ums Aufräumen, Aufarbeiten und dann kann Frauenfeld weitergehen. Der Kanton hat uns die Auflage gegeben, wir sollen bis 2040/2050 doppelt so viel wachsen als jetzt. Das können wir nicht machen ohne eine gute Planung, ohne da voranzukommen. Und da bitte ich Sie in der Zeit von Corona, wo es der Wirtschaft auch nicht so gut geht, dem Budget zuzustimmen. Denn es ist wichtig, dass der Stadtrat antizyklisch handelt. Wir gehen da vorneweg, wir wissen, wir werden noch viele offene Fragen haben, wie es weitergeht. Ich kann Ihnen auch versichern, ein Teil der Stellen ist jetzt besetzt und der grösste Teil davon kommt im ersten Quartal zu uns. Also der Zug läuft, wir wollen da weitergehen. Und mir ist es wirklich ganz wichtig, dass der Zug läuft. Man kann den Zug bremsen, aber es führt nicht zu einer Einsparung, es kostet uns, weil uns die Bundesgelder davonfliessen, die Murg runter und dann in die Thur. Am Rhein unten kann man sie dann einsammeln, aber sie haben der Stadt nichts gebracht. Das ist mir schon ein grosses Anliegen. Für die Mitarbeiter ist es auch ein wenig frustrierend, dass es klar ist, wenn sie arbeiten, sich einsetzen, diese Sachen aufzeigen, wo die Probleme liegen und dann will man wieder wegschauen, wie man es vielleicht Jahre zuvor gemacht hat, ohne meinen Vorgängern im Stadtrat zu nahe zu treten. Aber man hat Jahre von der Substanz gelebt, man hat Jahre von Finanzliegenschaften gelebt, dafür keine Rückstellungen gemacht und für das zahlen wir jetzt diesen Preis.

*Departement 3 für Werke, Freizeitanlagen und Sport (nur Bereiche Freizeitanlagen und Sport)*  
Erfolgsrechnung Seiten 83 - 98, institutionelle Gliederung nach Ausgabeart Seiten 160 - 166, keine Projektblätter.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Das Budget des Departements Freizeitanlagen und Sport wurde uns durch Stadtrat Fabrizio Hugentobler und Amtsleiter Roman Brülisauer erläutert. Das Departement hat einen Aufwand von 5.2 Mio. Franken, das ist 640'000 Franken über dem Budget von 2020 oder 14 % mehr. Es sind auch 900'000 Franken über der Rechnung von 2019. Die Budgetierung, so wurde es erläutert und das ist auch klar, ist schwierig, weil die Coronafolgen gerade auch im Sommer und Herbst, als budgetiert wurde, schwierig abzuschätzen waren und wir auch jetzt schon in einer ganz anderen Lage sind, als damals vorhergesehen oder gehofft wurde, dass wir in einer besseren Lage sind. Es wurde auch budgetiert unter der Annahme, die unterdessen eingetroffen ist, dass der Neubau des Hallenbads in der Abstimmung durchkommt und dadurch das Hallenbad hoffentlich dann nach Fahrplan im November im nächsten Jahr geschlossen wird und dann mit dem Bau begonnen werden kann. Der höhere Aufwand ergibt sich aus verschiedenen Positionen, die allerdings in der GPK wenig diskutiert wurden. Es sind einerseits höhere



Abschreibungen, es sind weniger Einnahmen u. a. durch Corona, es ist der Facility Manager, der nun zu 100 % im Budget aufgenommen wird, 2020 waren es noch 50 % und jetzt schlägt das voll durch. Und es ist der Umzug des Departements an die Schlossmühlestrasse, da haben sie mehr Platz und kürzere Wege, sie müssen aber die ehemalige Passstelle umbauen, was einige Kosten verursacht. Diese waren aber unumstritten, wir waren einfach dankbar für die Erklärungen.

Einiges zu reden gab vor allem Seite 91 und dort das Konto 3122 zu den Ausgaben bei den Sportanlagen. Da wurde schon von einem Fraktionssprecher im Überblick erwähnt, die Versenkbewässerung unter dem Konto 3122 3111.20 für 65'000 Franken. Da wurde nachgefragt, ob die nötig sei. Der Stadtrat erläuterte uns, dass Stand jetzt zur Bewässerung jeweils Schlauchwagen ausgefahren werden müssen. Das bedeutet einen grossen Arbeitsaufwand und es macht es auch schwierig, den Rasen dann zu bewässern, wenn es optimal wäre. Neu ist eine automatisch gesteuerte Bewässerungsanlage gedacht, die viel weniger Arbeitsaufwand bringt und optimal bewässern kann. Das wurde in der GPK auch nicht infrage gestellt, die grosse Frage war, ob jetzt der richtige Moment sei, das umzusetzen.

Dann wurde bei den Konten 3111.20 und 3151.01 auf derselben Seite in Bezug auf die Videoüberwachungskameras für den Skaterpark und den Bewegungspark nachgefragt, da geht es um insgesamt 18'000 Franken. Der Vorteil dieser Kameras ist, dass auch 24 Stunden überwacht werden kann. Es sind neu Geräte, die auch mit Nachtsichtfunktion ausgerüstet sind und die von einem Standort aus bedient und auch angeschaut werden können. Es geht also hier auch um Effizienzsteigerung. Es sind Ausgaben, die letztendlich Einsparungen bewirken sollen, wurde uns erklärt.

Am meisten zu reden gab der Fitnesspark, das Weihnachtsgeschenk der Thurgauer Kantonalbank bei Konto 3140.00. Man freut sich natürlich, wenn man so ein grosszügiges Geschenk erhält. Die Gesamtkosten sind 250'000 Franken bis 280'000 Franken, die unbestrittenerweise unsere Sportanlagen aufwerten. Es wurde in Vorgesprächen auch abgeklärt, dass sowohl die Schulen einen grossen Vorteil in dieser Anlage sehen, da sie diese fürs Turnen benutzen können, dass die Vereine die Anlage auch fürs Training nutzen werden und dass es eine nötige Investition in die Kleine Allmend ist. Sie werde auch kaum Unterhalt generieren. Mit diesen Worten schaut man natürlich nicht gern einem geschenkten Gaul ins Maul. Trotzdem hat der Posten in der GPK einiges Stirnrunzeln ausgelöst. Der Eigenanteil ist doch mit 90'000 Franken und dem Boden, der noch dazu gegeben wird, recht hoch. Es ist noch ein Minus vom Lotteriefonds, es sind insgesamt dann 75'000 Franken. Es ist aber doch eine hohe Ausgabe in dieser Budgetsituation. Etwas Stirnrunzeln hat auch gemacht, dass die Vorgabe der TKB, so wurde uns gesagt, ist, dass die Gemeinden diesen Betrag zu zahlen hätten, denn es wäre ja auch möglich, dass die Schulgemeinde einen Anteil davon übernehmen könnte, weil die Anlage direkt hinter dem Schulhaus Auen zu stehen kommt. Aber das sei anscheinend von der TKB in der Vorgabe nicht so vorgesehen. Nun, wir müssen nicht zu viel über diese Anlage diskutieren, denn es ist eine gebundene Ausgabe, wie uns erklärt wurde. Es ist ein Vertrag, den der Stadtrat in seiner Kompetenz unterschrieben hat und es ist hier im Rat auch keine Streichung dieser Ausgabe möglich. Na ja, da bleibt uns wohl nichts Anderes übrig, als uns über dieses Weihnachtsgeschenk zu freuen – wie freudig bleibt jedem selber überlassen – und es dann vielleicht auch fleissig zu nutzen, damit wir alle ganz fit und als Muskelpakete hier im Gemeinderat sitzen.

Ich habe noch eine Bemerkung zum lachsfarbenen Papier. Da sind die Anträge 1 und 2 aus unserer Geschäftsprüfungskommission, da sind zwei Fehler entdeckt worden, die leider das Budget um knapp 20'000 Franken erhöhen. Es gab keine Diskussion in der GPK zu diesen Fehlern. Wir sind froh, dass wir sie entdeckt haben, aber wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Es ist da sicher keine Absicht dahinter. Wir sind froh, dass wir das berichtigen können.

Ich darf auch im Namen der GPK den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Departements danken. Sie haben eine strenge Zeit nicht nur wegen Corona, sondern auch mit den ganzen

Planungen für das Hallenbad, die sehr aufwendig sind. Wir danken für die gute Arbeit. Die GPK hat dem Budget dieses Departements mit 4 Ja bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Wir haben es vorhin im Votum des GPK-Präsidenten schon gehört. Ich möchte den Streichungsantrag stellen zur Position 3122 3111.20 Sportanlagen, diese Versenkbewässerung für 65'000 Franken. Eine Mehrheit unserer Fraktion unterstützt mich dabei. Ich stelle den Antrag, dass wir diesen Betrag aus dem Budget streichen.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Eine generelle Anmerkung zum Budget: Wir alle möchten sparen und damit auch Verantwortung übernehmen, aber es wird uns nicht gelingen, mit punktuellen Sparanträgen das Gesamtbudget zu beschönigen. Dafür müssen wir in Zukunft die Flughöhe wechseln und den Adlerblick einnehmen. Wir werden uns über Erhöhungen von Einnahmen sowie von Gebühren und/oder über einen Abbau von Leistungen unterhalten müssen. Und dies in einem Rahmen, der richtig einschneidet. Wir sind jetzt schon auf die unterschiedlichen Haltungen gespannt.

Lassen Sie mich ein paar Worte über die Beregnung des Hauptplatzes auf dem Sportplatz sagen. Der Rasenhauptplatz, das ist die Fläche innerhalb der Rundbahn, dient nicht nur dem Fussball und dem Leichtathletiksport, sondern auch als Aussenanlage für den Schulsport der benachbarten Schulanlage Auen und zur Nutzung während Anlässen. Der Platz wird auch noch ohne klare Aussage in der Machbarkeitsstudie über die gesamte Anlage in dieser Form und an diesem Standort bestehen bleiben. Somit ist die Investition wiederverwendbar und auch im Fall einer Erneuerung der Rundbahn so wiedernutzbar. Im Sommer, das heisst zwischen April bis September, muss der Sportrasen bewässert werden. Dies geschieht zurzeit mit mobilen Bewässerungsrollen, der GPK-Sprecher hat es angetönt, sogenannten Rollomaten, welche den Schlauch im Betrieb aufrollen und hinter sich herziehen. Diese Systeme sind zwischen 20 bis 30 Jahre alt, pro Beregnung eines Platzes werden zwei bis drei solche Rollomaten eingesetzt. Deren Einrichtung bedeuten für unsere Sportplatzwarte ca. 1.5 Stunden Aufwand. Einerseits zum Aufbau und dann auch wieder für den Abbau. Die Trainings unter der Woche, die täglich zwischen 21 Uhr und 22 Uhr enden, behindern diese Aufbauarbeit und somit kann erst danach effektiv mit der Bewässerung begonnen werden. Am frühen Morgen werden diese dann versetzt und die gleichmässige Beregnung so sichergestellt. Dies bedeutet für unsere Leute, sie generieren mehr Arbeitszeit und müssen die Schläuche über die Rundbahn legen, das behindert das Leichtathletiktraining. Wir könnten mit einer fixen Beregnung auch die Rollomaten gleichzeitig auf anderen Plätzen einsetzen, es könnte während Anlässen auch bewässert werden, was jetzt nicht möglich ist. Und wir beregnen nur die Fläche, die es wirklich nötig hat, nämlich den Rasen und nicht zusätzlich noch die Rundbahn, die es eigentlich gar nicht so nötig hätte. Aber der Hauptgrund ist jener: Wir verfügen nur über zwei Sportplatzwarte und die decken von April bis September sieben Tage die Woche ab, auch an den Wochenenden. Dies generiert uns viel Arbeits- und Überzeit, welche mit dieser zeitgemässen Technik auch eingespart werden könnte. Und wir sehen es als unsere Aufgabe, vor dem Schaffen von neuen Stellen unser Personal mit zeitgemässer Technik auszustatten, welche diese unterstützt und entlastet. Einmalige Investitionen, die sich erst in den kommenden Jahren auszahlen, helfen nachhaltig sparen.

#### **ABSTIMMUNG**

Der Antrag von Gemeinderat Stefan Leuthold (CH/GP/GLP) wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Ich stelle hier keinen Antrag, aber ich habe in der Fragestunde nachgefragt, wie es aussieht, ob der Stadtrat gewillt wäre, die Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren auch mit Vereinsbeiträgen zu unterstützen, gleich wie das bei den Jugendlichen geschieht. Ich habe dann auch in den Fraktionen nachgefragt und es kam kein einheitliches Bild heraus, aber der Antrag wäre wahrscheinlich angenommen worden. Ich respektiere aber hier die Sparüberlegungen einerseits des Stadtrats, aber auch

einiger Ratsmitglieder und gehe davon aus, dass der Stadtrat dies nun nächstes Jahr, wenn hoffentlich das Defizit nicht mehr so hoch sein wird, ins Budget aufnehmen wird und das so umsetzen wird. Ansonsten werde ich dann spätestens nächstes Jahr diesen Antrag bringen.

**Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im eigenen Namen:** Kann ich meine beiden Anträge, welche beide die Festhalle betreffen, gleich miteinander formulieren oder muss ich sie einzeln?

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Du kannst gern beides vorbringen.

**Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im eigenen Namen:** Beim Konto 3131 3010.00 sieht man die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals. Die sollen aufgestockt werden. Es geht konkret um 50 Stellenprozente Aufstockung. Ich möchte den Antrag stellen, auf diese Erhöhung der Lohnsumme zu verzichten. Das ist ein Betrag von 74'500 Franken. Begründung: Es finden zurzeit weniger Anlässe statt – Corona-bedingt. Das wird bis auf Weiteres so bleiben. Wir wissen nicht, wie sich das entwickelt, da muss man grundsätzlich abwarten. Aber die Stellvertretungen müssten auch lösbar sein mit bestehendem Personal. Ich stelle diesen Antrag im eigenen Namen.

Meinen zweiten Antrag stelle ich auch mit Unterstützung einer Mehrheit unserer Fraktion. Hier geht es um den Ersatz der Bühnenvorhänge für 49'000 Franken (Konto 3131 3112.00). Diese Position sei zu streichen. Die Begründung ist wie folgt: Ich war selber vor Ort, ich habe anlässlich einer Grossratssitzung einen Augenschein genommen. Ich habe den Vorhang angeschaut und ich muss natürlich schon sagen, er ist jetzt nicht mehr neusten Datums, die Halle ist es ja auch nicht, aber er passt in die Halle. Wenn man auf der Bühne steht, ist es einem vermutlich egal, wie der Vorhang hinter einem aussieht, dann ist das Publikum vor einem wichtiger, und wenn man selber im Publikum sitzt, dann sieht man den hinteren Vorhang grundsätzlich nicht, weil es in der Regel auf der Bühne dunkel ist. Also ich denke, diese Investition könnte man zumindest zurückstellen, zurzeit finden ja auch weniger Anlässe statt, das wäre durchaus machbar. Vielleicht wäre es auch gut, statt jetzt an einer Ecke mit Erneuerungen anzufangen und mit Salami-taktik eins ums andere dazuzunehmen, dass man zuerst einmal ein Gesamtkonzept für die Festhalle hätte, worüber man sich unterhalten könnte. Ich beantrage Ihnen deshalb, die Position Bühnenvorhänge ebenfalls zu streichen.

**Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP):** Zum ersten Sparantrag: Dieser betrifft das Personal. Wir haben heute schon ein wenig über unser Personal diskutiert. Wir sprechen von einem Festhallenwart, der 365 Tage die Anlässe dort begleitet, und wir sprechen von einer Aushilfe, die bisher extern im Stundenaufwand angestellt wurde. Wir hatten das Gefühl, wir kommunizieren transparent und beschäftigen je nach Aufwand dort eine Person. Es ist uns natürlich bewusst, dass wir nicht auf Vorrat budgetieren und einfach mal 50 % ausbezahlen, obwohl keine Anlässe stattfinden. Ich fände es nichts als angemessen, wenn wir unser Personal auch mit einer Stellvertretung begleiten und unterstützen und ich fände es nicht richtig, wenn wir unseren Festhallenwart dort im Regen stehen lassen und ihm diese Unterstützung jetzt eben nicht zusagen. Die 50 %, die in diesem Konto aufgelistet sind, sind so zu verstehen, dass wir im Stundenaufwand jemanden dazuziehen, der bei Bedarf diese Stunden leistet. Das zum Antrag 1.

Zum Antrag 2: Jetzt kommen wir zum Vorhang, der geht jetzt auf und ich möchte den aufmachen mit einem kurzen Blick, mein Kollege Andreas Elliker hat es bereits angetönt, auf den Unterhalt der städtischen Liegenschaften. Der Unterhalt wurde in der Vergangenheit vernachlässigt und wurde auch eingespart. Und jetzt wieder sparen, den Bedarf so noch grösser werden lassen, verstehen wir nicht. Wir sind davon überzeugt, dass gerade in dieser schwierigen Zeit auch die öffentliche Hand gefordert ist und wir in vernünftigem Rahmen unsere im Detail geprüften und nicht vergoldeten Budgetpositionen, um es in den Worten von Peter Hausammann zu sagen, investieren. Wir möchten investieren, um den so nötigen Unterhalt nicht noch mehr aufzuschieben. Das ist auch unsere Verantwortung als Anlagenbetreiber. Wenn wir die Gardinen in der

Festhalle betrachten, können wir uns alle persönlich ein Bild davon machen und uns zum Textil-experten mausern, aber stellen Sie sich Ihre Gardinen zuhause vor, über 40 Jahre alt, seither nie gewaschen, brüchig und somit beim Ziehen teilweise auch in Einzelteile zerlegt. Der Stoff lässt sich beim besten Willen von Fachleuten nicht mehr nähen. Wir hatten schon solche Fälle und mussten dann einfach ein Stück abschneiden. Zudem verfügt unser alter Vorhang nicht mehr über den nötigen Flamschutz. Das ist etwas, was ich nicht mit Leichtigkeit in der Halle betrachte, der Stoff ist nicht geprüft und auch nicht zertifiziert. Unsere Bühnenvorhänge müssten schwer brennbar sein und dazu trägt auch noch bei, dass nach 40 Jahren Staubablagerung die Brennbarkeit sicher erhöht ist. Das ist der aktuelle Zustand in der Festhalle. Bei der budgetierten Position handelt es sich nicht nur um den Vorhang, den man auf- und zuziehen kann, sondern auch um die seitlichen Textilien im Hintergrund der Bühne, die sind ebenfalls auch zur Schalldämmung dort so integriert. Ungeachtet von grossen Investitionen in der Festhalle eine Ersatzlösung in der Halle. Zukünftig möchten wir immer den kleinen Unterhalt sicherstellen, auch hier, und die Anlage den Nutzenden in einem für die Stadt Frauenfeld würdigen Rahmen übergeben. Wir budgetieren unsere Anlagen nicht mit unnötigen Positionen, sondern bedacht und immer in kleinen Häppchen. Ein Unterhaltsplan, der sich auf die kommenden Jahre verteilt. Somit macht eine Streichung aus unserer Sicht keinen Sinn, weil der Bedarf für die nächsten Jahre mit weiteren Bedürfnissen im Unterhalt zusammenfällt und der Vorhang einfach nicht mehr den Anforderungen entspricht und somit nicht nur eine intakte Infrastruktur für die Bühne sicherstellt, sondern für die ganze Halle. Und damit der Vorhang nicht ganz fällt, erachten wir es als unsere Verantwortung, diesen zu erneuern.

#### **ABSTIMMUNG**

Der Antrag zur Position 3131 3010.00 wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag zur Position 3131 3112.00 wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

#### *Departement 4 für Alter und Gesundheit*

Erfolgsrechnung Seiten 98 - 106, institutionelle Gliederung nach Ausgabeart Seiten 125 - 144, Projektblätter Seiten 188 - 193.

**Gemeinderat Lorenz Weber (GLP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Einleitend wurde uns durch die Stadträtin Elsbeth Aepli erklärt, dass momentan ein klarer Ressourcenmangel besteht. Als Mitglied der Task-Force Corona sei Urban Kaiser für sehr vieles Ansprechpartner. Verena Rieser habe ihre Stelle gekündigt und aktuell laufe das Rekrutierungsverfahren. Mit höheren Ausgaben rechne man bei den Prämienverbilligungen, der Spitex, beim Case Management und bei den Tageszentren und Pro Senectute. In der Erfolgsrechnung gab lediglich eine Position zu reden.

Hauptthema war das Konto 4122 Prämienverbilligung und Übernahme Prämienausstände. Unter der Position 3635.10 Kosten Aufhebung Prämienausstände steigen die Kosten gegenüber dem Budget 2020 von 400'000 Franken auf 500'000 Franken. Dies aufgrund der Verstärkung im Case Management und vermehrter Übernahme von Verlustscheinen. Die Mehrkosten haben jedoch auch einen direkten Einfluss auf die Position 3631.00 Einnahmen aus IPV-Geldern. Dies sind die Rückzahlungen genau dieser Übernahmen von Prämienausständen vom Kanton. Gerechnet wird mit einer Rückzahlungsquote von 55 %. In den letzten Jahren war die Quote jedoch sogar höher. Festgestellt wurde ebenfalls, dass die Rückerstattungen von Klienten unter Position 4260.00 weniger werden. Die Ursache hierfür ist, dass den Klienten nahegelegt werde, prioritär die aktuellen Prämien zu bezahlen. Retour saniert werde erst, wenn sie die Prämien bezahlen könnten. In der Regel werde eine Abzahlungsvereinbarung abgeschlossen, im Vordergrund stehe das Bezahlen der aktuellen Prämien.

Die GPK Gesundheit, Gesellschaft und Freizeitanlagen stimmt dem Budget für das Departement Alter und Gesundheit mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

*Departement 5 für Gesellschaft und Soziales*

Erfolgsrechnung Seiten 106 - 123, institutionelle Gliederung nach Ausgabeart Seiten 170 - 179, keine Projektblätter.

**Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der GPK Gesundheit, Gesellschaft und Freizeitanlagen:** Die GPK hat sich bereits Ende September 2020 mit Stadträtin Barbara Dätwyler und den Amtsleitern Martin Gfeller und Markus Kutter zu einer Sitzung getroffen, um Informationen zu erhalten über das Asylwesen, im Speziellen über Asylstatus und die dazugehörigen Geldflüsse und über die aktuelle Lage in der Beistandschaft. Im Anschluss haben wir auch die Fachstelle für Kinder- und Jugendanimation 20gi besucht und uns über die aktuellen Projekte informieren lassen. An der Budgetsitzung vom 12. November 2020 konnten wir uns dann ganz auf das Budget 2021 konzentrieren. Diskussionspunkte waren die Erhöhung der Stellenprozente bei der Sozialhilfe um 50 % und bei den Alimenten um 20 %. Die SKOS rechnet aufgrund der aktuellen Coronasituation für 2021 mit rund 5 % mehr Fällen in der Sozialhilfe. Dies würde für Frauenfeld eine volle zusätzliche Stelle bedeuten. Aber die zuständige Stadträtin und der Amtsleiter gehen davon aus, dass der Anstieg in Frauenfeld geringer ausfallen und eine Erhöhung um eine 50%-Stelle ausreichen wird. Hoffen wir, dass sie recht behalten. Die zusätzlichen 20 % bei den Alimenten werden vor allem für die Bearbeitung der Rückforderungen eingesetzt, was Auswirkungen auf das Konto Rückerstattungen Alimentenbevorschussung haben wird. Bei der Beistandschaft wird die Reorganisation voraussichtlich Ende Januar 2021 abgeschlossen. Mit der neuen Organisation können die anfallenden Fälle mit den aktuellen Stellenprozentsen professionell bearbeitet werden. Die Fallzahlen pro Mitarbeiter sind im Schnitt der SKOS-Richtlinien. Die neue Struktur gewährleistet auch, dass bei allfälligen Ausfällen von Mitarbeitenden das Know-how weiterhin vorhanden ist. Der Start für den neuen Amtschef und die neue für diese Abteilung zuständige Stadträtin war schwierig und dies hatte leider auch Einfluss auf die Rechnung 2019/2020. Aber sie konnten uns überzeugen, dass sie auf dem richtigen Weg sind. Ich werde an dieser Stelle nicht weiter auf diese Problematik eingehen, da dies einerseits nicht das Budget 2021, sondern die Rechnungen 2019 und 2020 betrifft und andererseits eine einfache Anfrage zu diesem Thema eingereicht wurde und ich der Beantwortung durch den Stadtrat nicht vorgreifen möchte. Ich möchte aber noch einige Konten erwähnen, die in der GPK besprochen wurden.

5110 3132.00

Diese Erhöhung begründet die Stadträtin damit, dass bei IV-Verfahren, die strittig sind oder die grosses Potenzial zur dauernden Ablösung von der Sozialhilfe haben, sich der Einsatz eines Anwalts lohnt. Da es immer mehr solche Fälle gibt, steigen entsprechend auch die Aufwendungen. Ein Erfolg hat direkte Auswirkungen auf die Rückerstattung.

5120 3030.00

Nach Abschluss der Reorganisation und leicht rückläufigen Fallzahlen per Ende Jahr können die temporären Arbeitskräfte wieder abgebaut werden und die Budgetierung mit 60'000 Franken sollte ausreichen, um eine normale Fluktuationsrate abzudecken.

5120 3052.00

Bei diesem Konto hat die GPK festgestellt, dass eine 0 vergessen wurde. Das Konto muss von 9'300 Franken auf 93'000 erhöht werden. Diese Korrektur wurde auf dem Ihnen vorliegenden lachsfarbenen Papier vorgenommen. Das ist Antrag Nr. 3.

5205 3119.00

Beim Konto «Anschaffung übrige nicht aktivierbare Anlagen» wurde die Erweiterung der Pumptrack-Anlage auf der hinteren Badiwiese diskutiert. Von den 33'000 Franken werden rund 17'000 Franken von dritter Seite finanziert. Die Nettobelastung für die Stadt beläuft sich auf

16'000 Franken. Die Pumptrack-Anlage wurde 2018 auf Initiative des Kinderrats errichtet. Die Kinder würden bereits seit drei Jahren auf eine Erweiterung der Anlage hinarbeiten. In der GPK wurde hier auf eine mögliche Sparmöglichkeit hingewiesen.

Das Budget für das Departement 5 Gesellschaft und Soziales wurde mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen. Ich danke an dieser Stelle den für unsere GPK zuständigen Mitgliedern des Stadtrats und den Amtsleitern für die gute Zusammenarbeit. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Departementen danke ich für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Es war für uns alle ein schwieriges Jahr.

### *Budget 2021 von Thurplus*

**Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Die GPK Bau und Werke hat an ihrer Sitzung vom 16. November 2020 das Budget 2021 im Beisein von Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Peter Wieland, Leiter Thurplus, Michael Gemperle, Leiter Finanzen und Services Thurplus und Reto Angehrn, Leiter städtisches Finanzamt besprochen. Wie gewohnt erhielten wir kompetente Antworten auf unsere Fragen und wenn etwas nicht sofort beantwortet werden konnte, wurden die Informationen zuverlässig nachgeliefert.

Wir erwarten immer Wasser aus dem Hahn, Strom aus der Steckdose und eine warme Heizung im Winter. Dass alles einwandfrei funktioniert, ist nicht selbstverständlich. Peter Wieland zeigte uns eindrücklich auf, welche Vielfalt von Arbeiten dafür notwendig sind und von den Mitarbeitenden von Thurplus jederzeit zuverlässig erledigt werden. Die Arbeit an der Versorgungsinfrastruktur ist aber nicht die einzige Herausforderung von Thurplus, sondern auch die Umsetzung von HRM2. Man ist nun zwar im zweiten Jahr mit HRM2, aber die Budgetvergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist trotzdem schwierig. Dies liegt vor allem daran, dass man noch diverse Anpassungen machen musste, weil man mit HRM2 noch nicht genug Erfahrungen hatte. In den kommenden Jahren sollte dies aber besser werden, weil man sich dann an die Tücken und Besonderheiten von HRM2 gewöhnt hat. Für die GPK ist der grössere Nutzen und eine bessere Lesbarkeit durch HRM2 noch nicht gegeben. Auch ist es so, dass Thurplus für die eigene Kalkulation nach einem anderen System arbeitet und die Zahlen dann offenbar ins HRM2-System umschreiben lässt, wofür ein beträchtlicher Aufwand betrieben wird.

Am meisten Fragen und Diskussionen gab es zum Personalaufwand und zu den geplanten Stellenerhöhungen. Ich möchte dies am Beispiel der Position 30 Personalaufwand erläutern (Seite 3 in der Erfolgsrechnung von Thurplus, im PDF Seite 411). Dort ist uns aufgefallen, dass es beim Personalaufwand zwischen dem Rechnungsbetrag 2019 und dem Budget 2021 eine Differenz von stolzen 1 Mio. Franken gibt. Uns wurde erklärt, dass verschiedene Stellen, die man bei früheren Budgets zugesprochen bekam, noch nicht besetzt werden konnten. Dies liegt daran, dass der Markt im Bereich Fachpersonal Energie- und Werbebereich sehr ausgetrocknet ist. Dies hatte zur Folge, dass im Jahresdurchschnitt 2019 56 Stellen besetzt waren und diese Unterbesetzung zu einem entsprechend niedrigeren Rechnungsbetrag führte. Gemäss Stellenplan 2021 dürften es rund sechs Stellen mehr sein, was in den Budgetzahlen 2020 und 2021 ersichtlich ist, wo die Vollkosten der Sollstellen aufgeführt sind. Wir werden in der Rechnung im nächsten Jahr sehen, wie es mit dem Besetzen der Stellen geklappt hat.

Zur Position 301 gab es eine weitere Frage. Wir hörten, dass für die Projektleitung Wärme eine neue Stelle beantragt werden solle. Da tauchte die Frage auf, warum für die eine Stelle 385'000 Franken budgetiert seien. Man konnte uns schlüssig erklären, dies liegt vor allem daran, dass vier Pensionierungen anstehen, unter anderem eine auf Geschäftsleitungsebene, und dass mit diesen Pensionierungen das Wissen von über 100 Jahren Betriebszugehörigkeit verlorengeht. Um einen reibungslosen Übergang zu schaffen, sind mehrere Monate personelle Überlappungen notwendig, um die Aufgaben richtig übergeben zu können. Dies verursacht rund 100'000 Franken. Weiter ist für 2021 eine befristete Stelle budgetiert, die im Budget 2020 noch nicht enthalten war. So lässt sich das erklären.

### 3030.01 Temporäre Arbeitskräfte

Diese Position ist mit 30'000 Franken ausgewiesen. Sie ist neben den vorhin erwähnten personellen Überlappungen nötig, um eine reibungslose Ablösung des pensionierten Mitarbeiters im Bereich von energiewirtschaftlichen Spezialfragen sicherzustellen. Das ist nicht etwas, was man einfach so am Markt abgreifen kann.

### 3132.80 Übrige Honorare

Die GPK wollte die Gründe für die Erhöhung um 80'000 Franken wissen. Die Auskunft war, das Geld werde für die Unterstützung des neuen Geschäftsleitungsmitglieds im Bereich Wärme gebraucht.

Uns zeigte sich bei Thurplus das Gesamtbild einer hohen Belastung des Personals und eines ausgetrockneten Stellenmarkts vor allem im herausfordernden Zukunftsfeld der nachhaltigen Energieversorgung. Wo diese Zukunft hinführen könnte, lässt sich auch aus der Investitionsrechnung ablesen, wo ich zwei Beispiele nennen möchte. Unter anderem ist Geld eingestellt für den geplanten Ausbau des Fernwärmenetzes Frauenfeld West und auch für einen grösseren Batteriespeicher für die Netzoptimierung bzw. für den Netzausgleich. Das sind Projekte, zu denen wir im nächsten Jahr Botschaften erhalten sollten, wurde uns erklärt.

Die GPK Bau und Werke dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Thurplus für das Budget und stimmt dem Budget einstimmig zu.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH):** Gestatten Sie mir eine kleine Bemerkung zu den Budgetgrundlagen für Thurplus. Hier werden die Aufwertungsreserven und deren Auflösung unter dem Titel «Stadtratsbeschluss Nr. 183 vom 6. August 2019» abgehandelt. Es steht da: «Die Aufwertungsreserven werden basierend auf den Rückmeldungen aus dem Gemeinderat in der Budgetdebatte 2019 über zehn Jahre aufgelöst und nicht direkt dem Gewinnvortrag gutgeschrieben.» In der Sache ist das richtig. Aber nun zur Klarstellung: Das war keine Rückmeldung, es war schon «ein bitzli mehr», nämlich ein ausgewachsener Gemeinderatsbeschluss, ergangen und gestützt auf die Budget- und Rechnungshoheit unseres Rats. Ich erinnere an die Beschlüsse unseres Rats, an die einschlägigen Beschlüsse vom 11. Dezember 2019, gestützt auf das lachs-farbene Papier der beiden involvierten GPKs – ich habe beim Eintreten schon davon gesprochen. Es ist mir ein Anliegen, sehr geehrter Herr zuständiger Stadtrat, dass dies auch bei Thurplus durchdringt und dass dies in Zukunft korrekt dargelegt wird. Danke.

### *Budget 2021 des Alterszentrums Park*

**Gemeinderat Lorenz Weber (GLP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Das gesamte AZP weist im Budget 2021 einen Ertragsüberschuss von gut 200'000 Franken auf. Eine Budgetierung in der momentanen Situation erscheint jedoch vor allem für das Alterszentrum besonders schwierig, da die Auswirkungen durch die Pandemie im Jahr 2021 noch unklar sind, sich aber stark auswirken können. Daher wurde uns durch die Stadträtin Elsbeth Aepli bereits erklärt, man habe im laufenden Jahr bereits 270'000 Franken Corona-bedingte Mehrkosten und grosse Mindereinnahmen. Für das Jahr 2021 seien trotzdem ganz klar keine Sparübungen vorgesehen, da diese das Personal betreffen würden, welches im Moment und wohl leider auch im Jahr 2021 einen riesigen Extraeinsatz leisten muss. An dieser Stelle ein Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AZP. Weiter wurde erwähnt, dass man aktuell an der Überarbeitung der Reglemente für das Alterszentrum in Richtung Verschlankeung und bessere Übersichtlichkeit sei, da sei aber noch viel zu tun.

Zur Erfolgsrechnung: Ein GPK-Mitglied hatte die Befürchtung, dass aufgrund der niedrigeren Budgetierung im Jahr 2021 beim Kader gegenüber dem Budget 2020 an Kaderpersonal eingespart wird und dessen Verantwortung auf das Personal verteilt werde. Dies wurde verneint. Man habe beim Kader nicht reduziert, sondern in der Pflegeentwicklung sogar ausgebaut. Auf die

Frage zur Differenz bei der Entlohnung des Küchenpersonals wurde erklärt, der Betrag basiere auf der Rechnung 2019 und Budget 2020, Personal spare man nicht. Dass Pflege- und Betreuungstaxen trotz sinkendem Gesamtpersonalaufwand steigen, hänge vor allem mit den erhöhten Einnahmen durch Kantonsbeiträge zusammen, bei welchen die Normkosten erhöht wurden. Die GPK Gesundheit, Gesellschaft und Freizeitanlagen stimmt dem Budget 2021 für das Alterszentrum Park einstimmig zu.

**Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der Fraktionen SP sowie CH/GP/GLP:** Wie bereits angetönt oder informiert, stellen wir den Antrag, die Lohnsumme von gesamthaft 11'972'850 Franken auf den Positionen 31 Pflege, 32 Aktivierung, 33 Leitung und Verwaltung, 34 Hotellerie und 35 Technische Dienste um 100'000 Franken zu erhöhen. Diese Summe soll als Spezialprämie von rund 500 Franken pro 100 Stellenprozent anteilmässig auf die Mitarbeitenden verteilt werden.

Begründung: Wir meinen, die ausserordentlichen Leistungen und Herausforderungen, die unter anderen Pflegeeinrichtungen auch im AZP vollbracht wurden und noch erbracht werden müssen, sollten angemessen honoriert werden. Auch wenn sonst richtigerweise vielleicht auf eine Besoldungsanpassung verzichtet wird, so scheint es uns nicht zuletzt mit Blick auf das persönliche Gesundheitsrisiko, das die Mitarbeitenden ausserdem auf sich nehmen müssen, mehr als angebracht, eine zusätzliche Prämie zu sprechen. Derzeit kämpfen die Pflegefachleute selbst für bessere Anstellungsbedingungen. Solche, die den hohen Anforderungen auch gerecht werden. Das ist richtig so und einmal mehr: Applaus allein genügt nicht. Wir wären euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dankbar, wenn ihr unseren Antrag und damit auch die Pflegefachleute des AZP unterstützen könntet.

**Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im eigenen Namen:** Ich anerkenne die gute Absicht, dass man stark geforderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Lohnzustupf geben will. Weiter anerkenne ich auch und bin davon überzeugt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine ausserordentliche Leistung erbringen und möchte mich für diese Leistung herzlich bedanken. Leider kann ich aber diesem Antrag nicht zustimmen. Und mir ist klar, jeder, der diesem Antrag nicht zustimmt, hat eigentlich verloren. Denn wer kann schon dagegen sein, wenn man Leuten, die einen super Job machen und gefordert sind, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in dieser Zeit mehr gefordert sind, einen Zustupf gibt? Ich begründe meine Ablehnung wie folgt:

1. Aus meiner Sicht ist es nicht Sache des Gemeinderats, sich ins operative Geschäft des Stadtrats einzumischen. Wer in diesem Saal weiss denn schon, ob der Stadtrat nicht schon in seiner eigenen Kompetenz einen Zustupf gesprochen hat?
2. Wir verteilen hier drin Geld, das uns eigentlich zur Verwaltung anvertraut wurde. Es sind entweder Steuergelder oder es sind Gelder von den Bewohnerinnen und Bewohnern und Steuergelder, wenn es um Ergänzungsleistungen geht.
3. Ist es denn der richtige Zeitpunkt, am Anfang von so einer grossen Krise jetzt jemanden zu bevorzugen? Nach der Pandemie, meine Damen und Herren, kommen die Búezer draussen dran und das ist nicht ganz ohne. Auch aus der Tatsache, dass über die gesamte Zeit dieser Pandemie, die wir jetzt erlebt haben mit der ersten Welle und der zweiten Welle viele andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadt und überall auch sehr stark belastet wurden. Und wer weiss das besser als unser Stadtrat, der die operative Führung unserer Gemeinde hat?
4. Als Patron mit der Verantwortung über mehr als 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann ich keine Anerkennung mit fremdem Geld machen. Ich kann nur mit meinem Geld Anerkennung machen. Geld, welches meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Betrieb generiert haben, kann ich verteilen oder in meinen Sack stecken. Aber das ist mein Geld, das ich verteile. Wieso also nicht Geld von uns? Wieso nicht zum Beispiel unser Sitzungsgeld – und diesmal ohne Medienspektakel, sondern einfach miteinander im Stillen abgemacht, wir geben diesen Leuten unser Sitzungsgeld? Anerkennung, meine Damen und Herren. Wieso nicht



persönlich vorbeigehen, danke sagen mit einem Präsent? Selbstverständlich unter Einhaltung der Coronavorschriften.

Als Unternehmer erwarte ich eine grosse, eine sehr grosse Krise, die auf uns zukommt, die jetzt anfängt. Wir brauchen jetzt alle, um diese Krise zu bewältigen. Es ist klar, nicht alle sind gleich stark belastet, aber alle müssen mit voller Kraft die Krise bewältigen. Und eine Bonuszahlung für ein paar wenige ist meiner Meinung nach die falsche Führungsidee. Noch einmal: Wir stehen am Anfang einer Krise. Und zum Schluss habe selbstverständlich auch ich mit dem Pflegepersonal gesprochen. Die meisten haben eigentlich gesagt, es wäre schön, aber sie wollen es nicht unbedingt. Selbstverständlich ist es schön, wenn man etwas bekommt und selbstverständlich sagt man ja. Aber mir wurde auch gesagt, dass die Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen nicht besonders gut sind. Dies wurde mir von allen bestätigt. Selbstverständlich werden in einer Zeit wie jetzt die Arbeitsbedingungen, die ohnehin nicht optimal sind, noch mehr zum Stress. Und warum sind sie nicht optimal? Wegen uns Politikern. Wegen uns Politikern sind die Pflegebedingungen bzw. die Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen nicht optimal, weil wir immer mehr draufhauen. Alle, die ich gefragt habe, haben gesagt, das Hauptproblem ist, man hat für nichts Zeit. Nicht für die Patientinnen und Patienten, nicht für die Bewohnerinnen und Bewohner. Es fehlt an Zeit. Und wieso fehlt es an Zeit? Weil wir Politiker immer mehr fordern und immer mehr draufhauen für den Job, den sie machen müssen. Darum bin ich der Meinung, es wäre das falsche Zeichen, wenn wir heute Geld verteilen, das uns 1. nicht gehört und 2. wir uns nächstes Jahr überlegen müssen, wem sonst alles wir noch Geld geben. Wie schon gesagt, ich werde heute Nein stimmen und ich sage es nochmals: Ich anerkenne die Leistung dieser Leute und ich bedanke mich auch sehr, dass diese Leute so weiterarbeiten, aber machen wir Anerkennung nicht mit Geld, sondern machen wir es mit dem Herzen und nicht mit Geld von Fremden. Ich bedanke mich, wenn Sie den Antrag ablehnen.

**Stadträtin Elsbeth Aepli (CVP):** Vorab möchte ich natürlich namens der Mitarbeitenden des AZP allen danken, dass Sie diesen Sondereinsatz der AZP-Angestellten festgestellt haben und diesen würdigen wollen. Es stellt sich aber für mich wirklich die Frage, ob dieser Antrag, diese zusätzlichen 100'000 Franken das Richtige ist. Ich habe mir drei Überlegungen dazu aufgeschrieben:

1. **Finanzielle Überlegung:** Die hat Gemeinderat Geiges auch schon angetönt. Wir müssen ja diese Ausgabe dann zwangsläufig aus der Betriebsrechnung vom Alterszentrum Park bezahlen. Und letztlich müssen es dann die Bewohner bezahlen. Wir können uns diese 100'000 Franken nicht einfach aus der Portokasse leisten, unsere Rücklagen sind nicht übermässig. Auch im laufenden Jahr, das haben wir gesagt, haben wir vermutlich einen Verlust. Was uns seitens Kanton bezahlt wird, wissen wir nicht. Im Moment gehen wir davon aus, dass wir einen rechten Teil von diesen 270'000 Franken Mehraufwand selber tragen müssen. Wenn ich allein die Teilrechnung Ergaten Talbach anschau, wären aufgrund der Lohnzahlungen von diesen 100'000 Franken etwa 85'000 Franken in dieser Teilrechnung zu verbuchen. Und wenn ich das umrechne, müsste dort jeder Bewohner etwa 1.50 Franken pro Tag mehr bezahlen, um diese 100'000 Franken zu zahlen. Irgendwo muss das Geld herkommen und sonst eine Idee, wie wir im AZP diese 100'000 Franken aufbringen können, habe ich nicht gehört. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass wir im AZP 182 Vollzeitstellen haben, davon sind 37 Lernende, Studierende, Praktikanten, also 145 Vollzeitstellen ordentliche Mitarbeitende. Wenn man 100'000 Franken geben würde, wären das rund 700 Franken pro Vollzeitstelle. Das sind die Finanzüberlegungen, die mich leider dazu bringen, eher zu sagen, man solle diesen Antrag ablehnen.
2. **Dann gibt es Fairnessüberlegungen.** Wir haben im Departement und auch im Stadtrat bereits im Frühherbst über die ausserordentlichen Zulagen diskutiert, haben das sehr kontrovers diskutiert. Eben im Wissen darum, dass auch andere Leute sehr viel Arbeit geleistet haben und haben uns entschieden, dass eine Vollzeitstelle eine ausserordentliche Zulage von 200 Franken bekommt, und zwar solche Personen, die wirklich bei der Arbeit nicht mehr die Distanz wahren konnten, also wo man den Abstand von 1.50 oder 2 Meter nicht mehr wahren konnte. Also Pflege, Restaurant und zum Teil Reinigung. Wir haben diese 200 Franken Anfang Oktober mit einem Dankeschreiben ausbezahlt. Ich habe einmal in einer Antwort 250 Franken

geschrieben, das war ein Fehler. 240 Mitarbeitende haben eine Zulage zwischen 50 Franken und 200 Franken bekommen, abhängig von den geleisteten Arbeitsstunden von März bis August. Das hat das AZP aus der eigenen Rechnung bezahlt. Wir hatten damals auch das Gefühl, aufgrund des Halbjahresabschlusses liege das noch eher gut drin, es liegt jetzt eher nicht mehr drin, aber wir haben es ausbezahlt. 80 Personen bekamen keine Zulage. Das waren vor allem Leute im Stab, Zentrumsleitung und solche, die in den sechs Monaten, die wir als Referenzzeitraum genommen haben, weniger als 80 Stunden arbeiteten. Wir haben auch geschaut, was in anderen Heimen passiert ist. Und es ist immer schwierig, wenn ein Heim quasi zum Treiber wird. Wir wissen von einem Heim in Münchwilen, das war auch öffentlich, die haben 500 Franken pro Mitarbeiter bezahlt, aber die haben das aus Geld aus einem Bauprojekt, das sehr viel günstiger abgeschlossen werden konnte, bezahlt. Andere Heime haben einen 50-Franken-Gutschein gegeben oder einen Ferientag. Es war ganz verschieden und das muss ein Betrieb selber entscheiden, was für seinen eigenen Betrieb das Richtige ist. Ich glaube, beim AZP ist es auch so, sie haben wirklich Sondereinsatz geleistet, aber wenn jetzt nochmals eine Zulage kommt, frage ich mich – ich bin nicht nur für das AZP zuständig, sondern für Alter und Betreuung in der Stadt –, was machen wir dann mit der Spitex, was machen wir mit freiberuflichen Pflegefachpersonen, die auch unter sehr, sehr schwierigen Bedingungen gearbeitet haben? Ich finde es über alles gesehen nicht fair, wenn einfach die AZP-Mitarbeitenden nochmals etwas bekommen.

3. Grundsätzlich die operative Überlegung: Was muss das AZP entscheiden? Die Personalsituation in Altersheimen oder generell in der Pflege ist eine grosse Herausforderung, das ist bekannt. Die muss man angehen, aber die muss man kantonal und national angehen. Bei uns im Alterszentrum Park läuft das Projekt Skill- und Grade-Mix. Das hat vermutlich dann Auswirkungen auf Stellenbeschreibungen, Stellenbewertungen und das ist das, was den Pflegenden dann wirklich etwas bringt, dass sie nicht Arbeiten machen müssen, für die sie eigentlich zu hoch qualifiziert sind. Das bringt mehr als einmalig 500 Franken für eine Vollzeitstelle. Ausreichend fachlich qualifiziertes Personal zu finden, das ist eine Führungsaufgabe im AZP und ich bin überzeugt, wenn das AZP Bedarf sieht nach mehr Geld bei den Löhnen, dann kommt das Begehren. Vielleicht muss man auch die ganze Besoldung anschauen, aber nicht jetzt mit etwas Einmaligem.

Aus all diesen Erwägungen beantrage ich Ablehnung des Antrags, aber ich würde das, was ich gehört habe, mindestens so interpretieren, dass das AZP bei Bedarf, wenn zum Beispiel andere Heime erhebliche Zulagen sprechen, dass wir einen Handlungsspielraum haben, allenfalls nochmals eine Zulage sprechen, aber nicht dass das jetzt zwingend so gemacht werden muss mit einem fixen Betrag, der heute vom Gemeinderat beschlossen würde.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP:** Nun, grundsätzlich auch zur Klarstellung: Doch, es ist angedacht, dass auch Studierende, Lernende und Aushilfen diesen Betrag bekommen, einfach auf ihre 100%-Anstellung hochgerechnet oder zurückgerechnet. Wenn wir diesen Betrag sprechen, dann wollen wir ihn ausbezahlen lassen. Das sind die beiden Überlegungen. Und ja, ich bin auch nicht unbedingt dafür, dass wir es nur punktuell machen, aber wie gesagt, es ist das Minimum, dass wir zumindest hier einmal den Hebel ansetzen. Man kann es haben wie bei der Energiewende oder bei der Thematik um die Energiewende. Man kann schon sagen, ich kann jetzt hier für mich nichts machen, aber es ist ein Anfang. Man muss es nicht immer nur national anschauen, man muss es nicht immer überall anschauen, man kann mal im Kleinen anfangen und es ist ein Anfang und dann auch ausweiten. Also von dem her ist es kein Problem, wenn wir das hier so machen. Ich bin immer noch dafür.

**Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der Fraktionen SP sowie CH/GP/GLP:** Wir haben auch nochmals zwei, drei Punkte dazu.

Einerseits habe ich mir auch überlegt, ohne Corona wären die üblichen Lohnerhöhungen angestanden. Das Budget 2021 basiert, wenn man so will, eigentlich auf einer Lohnreduktion. Und im Hinblick auf das vergangene Jahr und vor allem auch mit speziellem Fokus auf die Pflegeeinrichtungen meinen wir, gibt es vermutlich bessere Orte, den Rotstift anzusetzen als beim Perso-

nal des AZP. Selbst dann, wenn auch in anderen Bereichen ebenfalls mehr geleistet worden ist als in den Jahren davor.

Dann möchten wir zu den Pensionspreisen oder den Erhöhungen für den Verbleib dort sagen, bei unserem Antrag geht es um 100'000 Franken Zusatzkosten. Das sind gerade mal 0.5 % des Gesamtaufwands des AZP. Das liegt im Unschärfbereich eines Budgets und sollte in unseren Augen nicht dazu führen, deswegen die Bewohnertarife zu erhöhen. Das Finanzierungssystem eines Altersheims ist viel zu komplex, um allenfalls solche Eins-zu-eins-Kompensationen ins Auge zu fassen.

Im Gesamtbudget AZP ist ein Gewinn von 200'985 Franken vorgesehen, damit meinen wir, sollte der von uns beantragte Wertschätzungsbonus – es sollte auch wirklich eine Anerkennung sein – für das Personal im AZP problemlos abgedeckt werden können. In diesem Sinn bitten wir euch, liebe Kolleginnen und Kollegen noch einmal, unseren Antrag zu unterstützen.

**Gemeinderätin Priska Brenner Braun (GP), Referentin im eigenen Namen:** Als Berufsbeiständin komme ich oft in Kontakt mit Alters- und Pflegezentren und ich beobachte einfach, dass das in der ersten Welle vielleicht noch einigermaßen machbar war. Dort hatte man Glück, es gab wenige oder gar keine Coronaerkrankungen. Derzeit zeigt sich das Bild aber anders. Im Tagi online ist zu lesen, dass in einem Winterthurer Altersheim 50 % der Bewohnenden coronapositiv sind. In der Stadt Zürich sind mittlerweile Mitarbeitende erkrankt, ganze Abteilungen gehen in Quarantäne, die Situation zeigt sich sehr schwierig. Ich denke, dass auch die Gefährdung an einem solchen Arbeitsplatz derzeit wesentlich höher ist als andernorts. Deswegen würde ich es sehr begrüssen, wenn wir diese Anerkennungsprämie oder einen Anerkennungszuschuss sprechen könnten.

**Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im eigenen Namen:** Ich bin seit Jahren in der Fachkommission des AZP und es ist natürlich nicht so, dass die 200'000 Franken, wenn sie dann so eintreffen, genügend sind. Das ist zu wenig. Wir brauchen Rückstellungen für den betrieblichen Unterhalt usw. Einfach das zu den Zahlen. Anderes wurde schon genügend begründet. Wir könnten jedem verteilen, jeder hätte es verdient. Wir haben auch Leute, die Stellen verloren haben usw., da müssen wir jetzt nicht auf Tränendrüse machen. Es ist einfach auch aus meiner persönlichen Sicht nicht verantwortbar, jetzt noch Gelder zusätzlich auszugeben. Verdient hätten es noch viele.

**Stadträtin Elsbeth Aepli (CVP):** Priska Brenner hat erzählt, wie es in Zürich und in Winterthur bei Heimen ist. Ich erlaube mir, das hier zu sagen, wir haben das gleiche Problem in Frauenfeld jetzt auch. Wir haben seit 1. Dezember 2020 Coronafälle bei uns im Alterszentrum Park. Das Haus Ergaten ist geschlossen. Wir haben Stand jetzt 46 Bewohner in Quarantäne oder in Isolation und 21 Mitarbeitende, die aktuell ausfallen wegen Quarantäne oder Isolation. Wir haben ein grosses Problem. Wir suchen Personal und ich sage Ihnen, alle Sie hier drin, wenn Sie jemanden kennen, die Pflegefachfrau ist und im Moment nicht arbeitet oder pensioniert ist, die sollen sich bei Marius Schnell melden. Das bringt unseren Leuten im Moment viel mehr als eine Prämie. Denn die haben jetzt ein Problem, weil wir nicht mehr wissen, wie wir die nächsten Wochenenden abdecken.

#### **ABSTIMMUNG**

Der Antrag, die Lohnsumme von gesamthaft 11'972'850 Franken auf den Positionen 31 Pflege, 32 Aktivierung, 33 Leitung und Verwaltung, 34 Hotellerie und 35 Technische Dienste um 100'000 Franken zu erhöhen, wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

**Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP):** Zu Beginn der Debatte wurde einiges zum Personal gesagt. Ich habe dort nicht reagiert, weil ich dachte, ich reagiere eher gegen Schluss und nehme das jetzt gern auf.

Es wurde seitens der SVP-Fraktion die Forderung in den Raum gestellt, man solle einen Personalstopp verfügen. Wir hatten 2015 bis 2018 bereits einen solchen. Es wurde trotzdem pro Jahr eine Stelle zusätzlich bewilligt, aber das war in einem Rahmen, der als klein angesehen werden kann. Deshalb jetzt auch der doch erhöhte Nachholbedarf.

Es wurde ebenfalls seitens Gemeinderat Frey die Situation mit dem Personalverband angesprochen. Wir haben uns insofern ja beim Personalverband auch entschuldigt, denn es war das erste Mal, dass man diesen Passus in der Personalverordnung überhaupt hätte brauchen können/müssen. In der Vergangenheit gab es nie zu diesem Zeitpunkt im Jahr eine Besprechung, wir kannten allerdings seitens Stadtrat – all jene, die Kantonsratserfahrung haben – das Prozedere beim Kanton, und das ist mir auch plötzlich, kurz bevor wir das Budget veröffentlicht haben, in den Sinn gekommen. Das war dann aber definitiv zu spät. Dafür muss ich mich an dieser Stelle nochmals entschuldigen.

Die Aussage betreffend Einfache Anfrage von Christoph Tschanen wegen der Vergünstigungen für Mitarbeitende: In dieser Beantwortung stand auch, dass wir die Vergünstigungen jährlich beim Budgetieren überprüfen werden, und das ist das, was wir jetzt eben gemacht haben. Also insofern widersprechen wir dieser Beantwortung nicht, sondern es ist ein fortlaufender Prozess.

Von Christian Mader wurde gesagt, dass er vom Stadtrat erwartet, dass man diese Personalaufstockungen begründet. Die Begründungen finden Sie ja in der Botschaft in 4.11. Ich habe jetzt selber in der GPK Finanzen und Administration erlebt, dass die Aufstockungen auch hinterfragt und diskutiert worden sind. Ich habe auch gehört, dass das in anderen GPKs der Fall war und diese Diskussionen sind ja jeweils im Protokoll festgehalten. Man kann also neben der Botschaft jeweils auch die Protokolle der GPKs zu Rate ziehen, wenn man nicht genau weiss, weshalb dort wie viel Prozent aufgestockt wird.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Rückkommen wird nicht gewünscht. Dann kommen wir zur Beschlussfassung. Ohne Gemeinderat Sandro Erné, der uns aus privaten Gründen verlassen musste, sind wir jetzt noch 39 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte; das absolute Mehr beträgt 20.

### **BESCHLUSSFASSUNG**

Die Anträge werden unter Berücksichtigung des lachsfarbenen Papiers der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Soziales sowie des Antrags von Stefan Leuthold (Verzicht auf Bühnenvorhang von 49'000 CHF, Konto 3131 3112.00) zur Abstimmung gebracht.

Antrag 1 wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen angenommen.

Antrag 2 wird einstimmig angenommen.

Antrag 3 wird mit 28 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Antrag 4 wird mit 38 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Antrag 5 wird einstimmig angenommen.

Antrag 6 wird einstimmig angenommen.

**Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):** Die Budgets der Stadtverwaltung, von Thurplus und des Alterszentrums Park für das Jahr 2021 (Anträge 3, 4 und 5 dieses Beschlusses) unterstehen dem Behördenreferendum und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung. Wer sich für ein Behördenreferendum aussprechen möchte, erhebe sich bitte nun vom Sitz. – Das waren 8 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, somit ist die Mindestanzahl für

das Behördenreferendum nicht erreicht. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am 10. Dezember 2020 und endet am 8. Februar 2021.

Somit haben wir das gesamte Budget durchberaten und beschlossen und wir sind am Ende angekommen. Die nächste Gemeinderatssitzung ist für Mittwoch, 20. Januar 2021 um 18 Uhr terminiert.

Da ich zu Beginn aufgrund von Abwesenheit darauf verzichten musste, möchte ich jetzt etwas nachholen. Und zwar ist dies die letzte Sitzung von Gemeinderätin Félicie Haueter. Als Mitglied der Frauenfelder Legislative hast du, Félicie, während der letzten vier Jahre die SP im Grossen Bürgersaal wie auch als Mitglied der GPK Finanzen und Administration vertreten. Dabei warst du immer mit klarer Position und wachem Geist in Debatten dabei. Nun hast du berichtet, dass eine neue Herausforderung im Beruf zur Demission geführt hat, wozu ich dir ganz herzlich gratuliere. Vielen Dank für dein Engagement und viel Erfolg in deiner weiteren beruflichen Laufbahn. Ich hoffe, die vorerst letzte Sitzung hat dir trotz allem ganz viel Spass bereitet.

Mein Dank geht an Sie alle für das aktive Mitdiskutieren, für das mehrmalige Aufstehen. Es tut mir leid, es ist relativ schwierig hier vorne alles zu sehen. Aber auch an das Team von Giuseppe D'Alelio für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung dieser Sitzung. Ich erkläre die heutige Gemeinderatssitzung für geschlossen. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit.

---

Schluss der Sitzung: 20:15 Uhr

\*\*\*